

WITH



Big Shag Lil Schibler

ABU 2019

allgemeinbildung IAP15B



Lil Young Würgler

Informationen

Autoren

Diese Zusammenfassung wurde von Schülern der Klasse IAP 15-19 B von der Gewerblich-industrielle Berufsfachschule MuttENZ verfasst.

Die Autoren sind:

Schürch Marcel

Philipp Müller

Elia Reutlinger

Valentino Rusconi

Joel Weissenberger

Das Titelbild wurde von Etienne Roulet gestaltet.

Quelle

Alle Inhalte wurden aus dem Buch "Aspekte der Allgemeinbildung" entnommen. Ähnlichkeiten mit andern Lehrmittel sind zufällig und unbeabsichtigt.

Klassenlehrpersonen im Allgemeinbildenden Unterricht

Semester	Lehrperson
1. - 2. Semester	Meneghin Martin
3. - 6. Semester	Würgler Markus
7. - 8. Semester	Schibler Michael

Inhaltsverzeichnis

1	Recht	6
1.1	Regeln	6
1.2	Rechtsquellen	6
1.3	Geschriebenes Recht	7
1.4	Rechtsgrundsätze	8
1.5	Gesetzbücher	9
1.6	Weg zur Handlungsfähigkeit	10
1.7	Vertragslehre	11
2	Lehrvertrag	12
2.1	Lehrmeister	12
2.2	Lernende Person	13
2.3	Lehrvertragsbeendigung	13
3	Meinungsbildung	14
3.1	Informationskanäle	14
3.2	Massenmedien	14
4	Verein	15
4.1	Anwendung	15
4.2	Gründung	15
4.3	Organe	15
4.4	Handelsregister	15
5	Menschenrechte	15
5.1	Politisches System Schweiz	16
5.2	Gewaltenteilung	16
5.3	Zweikammersystem	17
5.4	Parteien	17
5.5	Fraktionen	18
5.6	Bundesrat	19
5.7	Arten von Mehr	20
5.8	Stimmen/Wählen	20
5.9	Rangordnung der Rechtserlasse	21
6	Volks und Grundrechte der Schweiz	22
6.1	Referendum	22

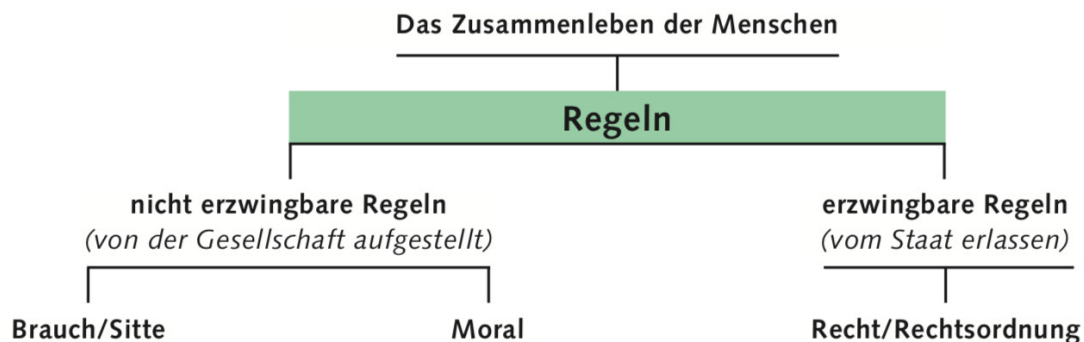
6.2	Initiative	22
6.3	Pflichten	23
7	Wirtschaft.....	24
7.1	Bedürfnisse	24
7.2	Produktionsfaktoren	24
7.3	Wirtschaftsmodelle	24
7.4	Wirtschaftskreislauf.....	25
7.5	Wirtschaftsbegriffe	26
7.6	Preisbildung.....	27
7.7	Wirtschaftssektoren	27
8	Lohn	29
8.1	Lohnabzüge.....	29
8.2	NBU (Nichtberufsunfälle)	30
8.3	Budget.....	30
8.4	Kartenzahlungen	33
9	Kaufvertrag	34
9.1	Ablauf.....	34
9.2	Finanzierung.....	34
9.3	Werkvertrag.....	34
9.4	Kaufverträge.....	35
9.5	Konsumkreditarten (KKG 9 –12).....	36
9.6	Konsumkreditgesetz	37
9.7	Mängel und Störungen.....	37
10	Internationale Politik und Wirtschaft.....	39
10.1	Globalisierung.....	39
10.2	Die EU / Europäische Union (S. 231 - 234).....	39
10.3	Entstehung	39
10.4	Die Schweiz und die EU (S. 235 - 236).....	40
10.5	Europarat (S. 230)	41
10.6	UNO (Vereinte Nationen) (S.228 - 229)	41
10.7	Entwicklungsland / -zusammenarbeit (S. 308)	41
10.8	WTO (S.306 - 307)	42
11	Weitere Institutionen	43
11.1	Nato	43

11.2	IKRK.....	43
11.3	Amnesty International (NGO)	43
11.4	OSZE	44
12	Existenzsicherung	45
12.1	Rechtliche Grundlagen	45
12.2	Grundlegende Bestimmungen des Arbeitsrechts	45
12.3	ALV (Arbeitslosenversicherung)	46
12.4	Arten der Stellensuche.....	48
12.5	Bewerbung und Lebenslauf erstellen.....	48
12.6	Hilfestellungen für Arbeitslose	49
12.7	Weiterbildungsmöglichkeiten.....	49
13	Versicherungen.....	50
13.1	Versicherung	50
13.2	Solidaritätsprinzip	50
13.3	Versicherungsarten.....	50
13.4	Berufs- und Nichtberufsunfallversicherung	54
13.5	Drei Säulen Prinzips	56
13.6	Sozialhilfe	56
14	Index.....	57

1 Recht

Wo Menschen zusammenleben, entsteht eine Gemeinschaft, eine Gesellschaft. Da der einzelne Mensch den Drang verspürt, seine Bedürfnisse, seine Ideen und Überzeugungen durchzusetzen, braucht es in einer Gemeinschaft Regeln, damit dieses Zusammenleben funktioniert und kein Chaos entsteht.

1.1 Regeln



1.1.1 Sitte/Brauch (*Nicht erzwingbare Regeln*)

Sitte / Brauch bezeichnet ein zur Gewohnheit (Tradition) gewordenes Verhalten des Menschen. (Die Begriffe Sitte und Brauch werden meist identisch verwendet: «Es ist Sitte / Brauch, dass...», «Andere Länder, andere Sitten / Bräuche»). Eine Sitte wird ohne zu überlegen und zu hinterfragen akzeptiert.

Beispiele: Weihnachtsfest, jährlicher Betriebsausflug, Fasnachtsumzug, «Sechse- läuten» in Zürich.

1.1.2 Moral (*Nicht erzwingbare Regeln*)

Bezieht sich auf das Zusammenleben in der Gesellschaft und orientiert sich an Grundwerten wie Gerechtigkeit, Fürsorge und Wahrheit.

Beispiele: Man ist gegenüber dem Mitmenschen ehrlich. Man kümmert sich um kranke Familienangehörige.

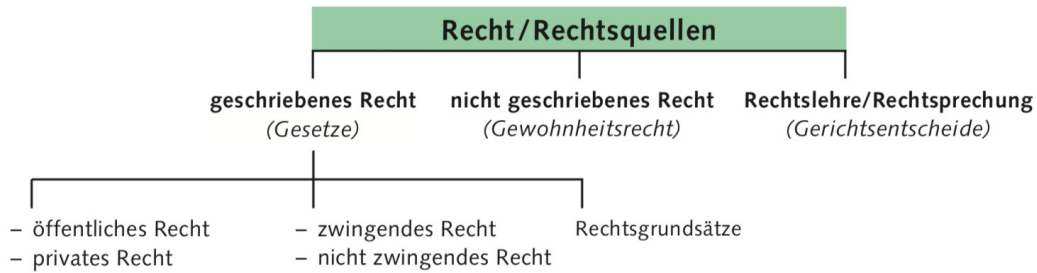
1.1.3 Recht (*Erzwingbare Regeln*)

Sammelbegriff für alle vom Staat erlassenen Regeln (Gesetze) und für anerkannte Regeln (Gewohnheitsrecht, Rechtslehre), die von staatlichen Organen (Gerichte) auch durchgesetzt werden.

Rechtsordnung: Alle Rechtsregeln, die für ein Volk eines Staates gelten.

1.2 Rechtsquellen

Es gibt drei Orte, wo man das Recht finden kann.



1.2.1 Geschriebenes Recht

Alle Rechtsregeln, die von der dafür zuständigen Behörde erlassen worden sind.

1.2.2 Gewohnheitsrecht

Ungeschriebene Regeln, die nach langer Zeit der Anwendung zu Recht geworden sind, weil die Gesellschaft sie als Recht anerkannt hat. Ein typisches Beispiel von Gewohnheitsrecht ist die Höhe des Finderlohns. Das Gewohnheitsrecht hat den Finderlohn auf 10% festgelegt.

1.2.3 Rechtslehre und Rechtsprechung

Die von den Rechtsgelehrten geäußerten Meinungen, die in der rechtswissenschaftlichen Literatur anerkannt sind. Wenn ein oberes Gericht ein wegweisendes Urteil fällt, stützen sich untergeordnete Gerichte in der Folge auf dieses Urteil und übernehmen die Begründung des oberen Gerichts.

1.3 Geschriebenes Recht

Das geschriebene Recht kann unter anderem unterteilt werden in

- öffentliches Recht und privates (zivils) Recht.
- zwingendes Recht und nicht zwingendes (dispositives) Recht.

1.3.1 Öffentliches Recht

Rechtsbeziehungen zwischen dem Staat einerseits und Personen andererseits. Wird in der Regel von Amtes wegen angewendet (z.B. durch Polizei oder ein Gericht)

Beispiel:

- Bundesverfassung
- Strafgesetzbuch
- Strassenverkehrsgesetz
- Umweltschutzgesetz

1.3.2 Private Recht

Rechtsbeziehungen zwischen Personen untereinander (privat = zivil). Wird nur auf Klage einer Partei beurteilt und führt zu einem Zivilfall / Zivilprozess.

Beispiel:

- Zivilgesetzbuch (ZGB)
- Obligationenrecht (OR)

1.3.3 Zwingendes Recht

Öffentliches Recht ist in der Regel immer zwingendes Recht. Aber auch im Privatrecht gibt es zwingende Bestimmungen. Dabei unterscheidet man:

- **absolut zwingende Regeln:** Die Bestimmungen sind gegenüber beiden Parteien nicht veränderbar.
- **relativ zwingende Regeln:** Zugunsten der schwächeren Partei (z.B. Arbeitnehmer) dürfen Änderungen gemacht werden, nicht aber zu deren Ungunsten.

Beispiel: Nach dem 20. Altersjahr hat ein Arbeitnehmer 4 Wochen bezahlte Ferien zugut. Der Arbeitgeber darf ihm mehr, aber nicht weniger Ferien gewähren.

1.3.4 Nicht zwingendes Recht (dispositives Recht)

Die gesetzlichen Regeln gelten, wenn nichts anderes vereinbart worden ist. Die Parteien dürfen aber etwas Abweichendes vereinbaren. *Beispiel:* In dem Einzelarbeitsvertrag wird die Kündigungsfrist in der Probezeit auf fünf Arbeitstage beschränkt.

1.4 Rechtsgrundsätze

1.4.1 Rechtsgleichheit (BV 8)

Die Rechtsgleichheit bedeutet, dass vor dem Gesetz alle gleich sind.

1.4.2 Reihenfolge der Rechtsquellen (ZGB 1)

Bei der Rechtsprechung muss die Priorität der Rechtsquellen die folgt eingehalten werden.

1. Geschriebenes Recht
2. Gewohnheitsrecht
3. Zuletzt hat das Gericht nach der Regel zu urteilen, die es als Gesetzgeber aufstellen würde.

1.4.3 Richterliches Ermessen (ZGB 4)

Wo dem Gericht eigenes Ermessen eingeräumt wird, muss es sämtliche Umstände des konkret zu beurteilenden Falles beachten, um den besonderen Verhältnissen auch tatsächlich gerecht zu werden.

1.4.4 Treu und Glauben (ZGB 2 und BV 9)

Der Gesetzgeber verlangt, dass jedermann immer nach bestem Wissen und Gewissen handelt. Man darf davon ausgehen, dass man vom Gegenüber nicht belogen oder betrogen wird.

1.4.5 Rechtsmissbrauchsverbot (ZGB 2)

Missbraucht jemand sein Recht offensichtlich, wird dieser Missbrauch nicht geschützt. *Beispiel:* Nur um den Nachbarn zu ärgern und diesem vorsätzlich die Aussicht zu nehmen, darf man keine Mauer bauen, die sonst keinen Zweck hat.

1.4.6 Beweislast (ZGB 8)

Wer etwas behauptet und daraus etwas zu seinen Gunsten ableiten will, muss seine Behauptung auch beweisen.

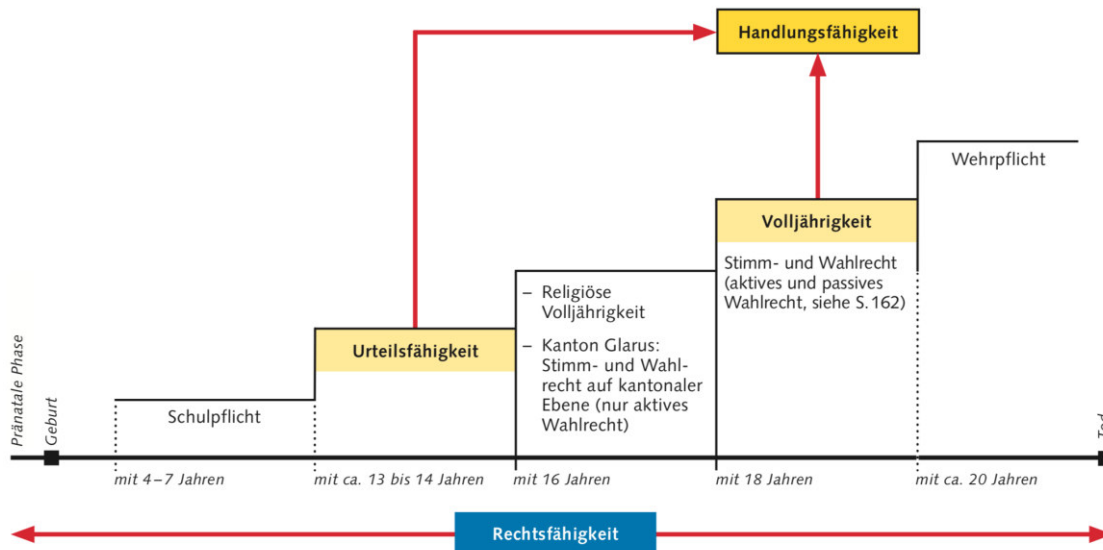
1.5 Gesetzbücher

- Bundesverfassung (BV)
- Strafgesetzbuch (StGB)
- Strassenverkehrsgesetz (SVG)
- Umweltschutzgesetz (USG)
- Das Zivilgesetzbuch (ZGB) Das ZGB regelt viele Bereiche des Lebens, von der Geburt bis zum Tod. Es geht dabei unter anderem um die
 - Personenrecht
 - **Natürliche Personen** Jeder einzelne Mensch gilt rechtlich gesehen als natürliche Person. Die natürliche Person hat Rechte und Pflichten.
 - **Juristische Personen** Sind Personenverbindungen, die selbständig Rechte erwerben und Pflichten haben können.
 - Familienrecht
 - Erbrecht
 - Sachenrecht (siehe z.B. S. 75, Eigentum, Besitz)
 - Obligationenrecht

1.5.1 Obligationenrecht

Aus dem 5. Teil, dem Obligationenrecht, hat man ein eigenes Gesetzbuch gemacht. Im Obligationenrecht werden die Verträge geregelt.

1.6 Weg zur Handlungsfähigkeit



1.6.1 Rechtsfähigkeit

Jeder Mensch hat die Fähigkeit, Rechte und Pflichten zu haben.

1.6.2 Urteilsfähigkeit

Die Fähigkeit, vernunftgemäss zu handeln.

1.6.3 Volljährigkeit

Die Fähigkeit, vernunftgemäss zu handeln.

1.6.4 Handlungsfähigkeit

Fähigkeit, durch seine eigenen Handlungen Rechte und Pflichten zu begründen. Die Handlungsfähigkeit umfasst die:

- **Geschäftsfähigkeit**, d.h. durch eigene Handlungen können Rechtsgeschäfte gültig getätigt werden (Verträge abschliessen).
- **Deliktsfähigkeit**, d.h. durch rechtswidriges Verhalten kann man zivilrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Deliktsfähig im strafrechtlichen Sinne wird man aber bereits vom 10. Altersjahr an.
- **Prozessfähigkeit**, d.h. man hat das Recht, einen Prozess selbständig zu führen oder durch eine andere Person führen zu lassen.

1.7 Vertragslehre

1.7.1 Definition

Gegenseitig übereinstimmende Willensäusserung von Parteien (OR 1).

1.7.2 Vertragsformen (OR 11).

Die Vereinbarung ist an keine Form gebunden. Formlos (auch formfrei genannt) ist der Oberbegriff für mündlich und stillschweigend.

1.7.3 Formgebundener Vertrag (Schriftlichkeit)

Man unterscheidet drei Formen von Schriftlichkeit:

- **Einfache Schriftlichkeit:** Der Inhalt des Vertrages kann von Hand oder mit dem Computer erfasst werden und muss von Hand oder elektronisch unterschrieben werden.
- **Qualifizierte Schriftlichkeit:** Eine eigenhändige Unterschrift ist Pflicht. Zusätzlich müssen noch andere Vertragsabhängige Voraussetzungen erfüllt sein. (z.B. Handschriftliches Testament oder kantonales Formular für Mietzinserhöhungen).
- **Einfache Schriftlichkeit:** Eine urkundsberechtigte Person, z.B. ein Notar, prüft den Vertrag. Der Notar Bezeugt die Richtigkeit des Vertrages mit seiner Unterschrift und einem Stempel.

1.7.4 Registereintrag und Veröffentlichung

- **Registereintrag:** Nebst der öffentlichen Beurkundung müssen gewisse Rechtsgeschäfte in ein Register eingetragen werden. (z.B. Gründung einer Aktiengesellschaft ins Handelsregister)
- **Veröffentlichung:** Oder die müssen veröffentlicht werden um sie jedermann bekannt zu machen. (z.B. im Kantonsblatt beim Haus- oder Grundstückskauf)

2 Lehrvertrag

Der Bund hat das Berufsbildungsgesetz (BBG) erlassen in dem die Grundlegenden Regelungen definiert sind. Zusätzliche Bestimmungen zum Lehrvertrag stehen in OR 344 ff. und im Arbeitsgesetz (ArG).

Im Gegensatz zum gewöhnlichen Einzelarbeitsvertrag muss der Lehrvertrag, um gültig zu sein, schriftlich abgeschlossen werden (OR 344a). Das Gesetz umschreibt den Mindestinhalt des Vertrages:

- die Berufsbezeichnung
- die exakte Dauer der Berufsausbildung im Betrieb
- Lohn (Lohnabrechnung siehe S. 37 und 40 f.)
- Probezeit
- wöchentliche Arbeitszeit
- Ferien

Der Lehrvertrag trägt die Unterschrift des Lehrmeisters und des Lehrlings. Ist der Lehrling noch nicht volljährig, muss der Vertrag vom gesetzlichen Vertreter (Inhaber der elterlichen Sorge oder Vormund, siehe S. 66) mitunterschieden werden.

Der Lehrvertrag muss dem kantonalen Amt für Berufsbildung zur Überprüfung eingereicht werden. Dieses bestätigt mit seiner Unterschrift die Gültigkeit der getroffenen Vereinbarungen (BBG 14).

2.1 Lehrmeister

2.1.1 Pflichten

- den Lehrling für einen bestimmten Beruf fachgemäss ausbilden (OR 344)
- den Lehrling fachgemäss ausbilden oder ihn von einer qualifizierten Fachkraft ausbilden lassen (OR 345a1)
- dem Lehrling den Lohn bezahlen (OR 3221, OR 323b1)
- den Lehrling ohne Lohnabzug für den Besuch der Berufsfachschule, für überbetriebliche Kurse und die Lehrabschlussprüfung freistellen (OR 345a2)
- den Lehrling nur für Arbeiten heranziehen, die mit dem zu erlernenden Beruf im Zusammenhang stehen (OR 345a4)
- dem Lehrling den Besuch der Berufsmaturitätsschule ermöglichen (Voraussetzung: Leistungen im Betrieb und in der Schule erlauben dies; BBG 172+4)

- dem Lehrling zum Besuch von Freifächern bis zu einem halben Tag ohne Lohnabzug frei geben (Voraussetzung: Leistungen im Betrieb und in der Schule erlauben dies; BBG 223 und BBV 20)
- dem Lehrling Überstunden durch Freizeit von gleicher Dauer ausgleichen oder mit 25% Lohnzuschlag entschädigen (OR 321c1-3)
- bis zum Erreichen des 20. Lebensjahrs 5 Wochen Ferien gewähren (OR 329a), davon zwei zusammenhängend (OR 329c)
- das Amt für Berufsbildung bei Auflösung des Lehrverhältnisses orientieren (BBG 144)
- am Ende der Lehre ein Lehrzeugnis ausstellen (OR 346a)

2.2 Lernende Person

2.2.1 Pflichten

- Arbeit im Dienste des Lehrmeisters leisten (OR 344)
- alles tun, um die Lernziele zu erreichen (OR 3451)
- Anordnungen des Lehrmeisters befolgen (OR 321d)
- die übertragenen Arbeiten gewissenhaft ausführen (OR 321a1)
- den Unterricht in der Berufsfachschule besuchen (BBG 213)
- die Geräte und Materialien sorgfältig behandeln (Sorgfaltspflicht; OR 321a2)
- obligatorisch an überbetrieblichen Kursen und an der Lehrabschlussprüfung teilnehmen (BBG 233)

2.3 Lehrvertragsbeendigung

Es ist möglich den Lehrvertrag unter folgenden Gründen zu beenden:

- Vertragsauslauf
- Beendigung während der Probezeit
- Auflösung der Lehre aus wichtigem Grund
 - Eine Partei erfüllt eine ihrer Pflichten nicht.
 - Der Lehrling ist den körperlichen oder geistigen Anforderungen für einen erfolgreichen Lehrabschluss nicht gewachsen.

3 Meinungsbildung

3.1 Informationskanäle

3.1.1 Ressorts und Redaktionen

Eine Redaktion ist in mehrere Ressorts aufgeteilt. Ein Ressort ist jeweils immer für ein Themengebiet zuständig und kann selbstständig entscheiden, welche Beiträge sie dazu erstellen. Beispiele für Ressorts: politisch, lokal, Kunst...

3.1.2 Reporter

Freischaffende Journalisten, nicht bei einer Redaktion angestellt. Einige recherchieren selbstständig andere erhalten Aufträge von Redaktionen.

3.1.3 Korrespondenten

Ein Korrespondent ist in einem Gebiet stationiert und ist für dieses Zuständig. Es kann sich hierbei um ein fernes Land handeln, in dem eine Krise herrscht oder um eine wichtige Institution (UNO-Hauptsitz, Bundeshaus...).

3.1.4 Nachrichtenagenturen

Nachrichten- und Presseagenturen sammeln Nachrichten und verarbeiten diese zu fertigen Meldungen.

Medienhäuser übernehmen die Meldungen (meist auch unverändert) und publizieren sie. Medienagenturen haben meist Kürzel. Beispiele: AP (The Associated Press, USA), Reuters (Grossbritannien), dpa (Deutsche Presse-Agentur)...

3.1.5 Pressemitteilungen, Pressekonferenz

Mitteilung von Institution (Polizei, Bundesrat, Unternehmen...) an die Presse. Geschieht schriftlich oder in einer Pressekonferenz mündlich.

3.2 Massenmedien

Aktuelle und schnelle Informationsträger, die grosse Massen erreichen können, zum Beispiel Presse, Radio, Fernsehen und Multimedia.

3.2.1 Aufgaben

- Information (möglichst sachlich über Geschehnisse Informieren)
- Mitwirkung bei der Meinungsbildung (Mit öffentlichen Diskussionen zwischen Meinungsgruppen die Meinungsbildung des Volkes anregen)
- Kontrolle und Kritik (Institutionen und Unternehmen kontrollieren und Kritik ausüben)
- Bildung
- Unterhaltung

4 Verein

4.1 Anwendung

Vereine widmen sich nur nicht wirtschaftlichen Aufgaben. Mögliche Gebiete in denen sie eingesetzt werden können sind: Politik, Religion, Wissenschaft, Kunst usw...

4.2 Gründung

Um einen Verein zu gründen müssen lediglich die Statuten geschrieben und von der Gründungsversammlung angenommen werden.

Den Statuten muss zu entnehmen sein, dass der Verein als solcher auftreten möchte.

4.3 Organe

4.3.1 Vereinsversammlung

Höchstes Organ in einem Verein. Besteht aus allen Mitgliedern. Die Vereinsversammlung hat immer das letzte Wort.

4.3.2 Vorstand

Gewisse vom Gesetz und den Statuten definierte Aufgaben darf der Vorstand durchführen.

Der Vorstand muss im Interesse des Vereins (also aufgrund der Statuten) handeln.

Das Gesetz sieht vor, dass der Vorstand die Buchführung (Finanzen) des Vereins erledigt.

4.3.3 Revisionsstelle

Die Buchhaltung muss unter folgenden Bedingungen durch eine Revisionsstelle geprüft werden:

- Bilanzsumme von 10 Millionen Franken
- Umsatzerlös von 20 Millionen Franken
- 50 Vollzeitstellen

4.4 Handelsregister

Ein Verein muss sich ins Handelsregister eintragen lassen, wenn er nach kaufmännischer Art geführt wird, oder revisionspflichtig (siehe oben) ist.

5 Menschenrechte

Die Menschenrechte sind auch in der Schweizer Bundesverfassung (BV) verankert.

- BV 7: Menschenwürde
- BV 8: Rechtsgleichheit
- BV 9: Schutz vor Willkür und Wahrung von Treu und Glauben
- BV 10: Recht auf Leben und auf persönliche Freiheit
- BV 11: Schutz der Kinder und Jugendlichen
- BV 12: Recht auf Hilfe in Notlagen
- BV 13: Schutz der Privatsphäre
- BV 14: Recht auf Ehe und Familie
- BV 15: Glaubens- und Gewissensfreiheit

- BV 16: Meinungs- und Informationsfreiheit
- BV 17: Medienfreiheit
- BV 18: Sprachenfreiheit
- BV 19: Anspruch auf Grundschulunterricht
- BV 20: Wissenschaftsfreiheit
- BV 21: Kunstfreiheit
- BV 22: Versammlungsfreiheit
- BV 23: Vereinigungsfreiheit
- BV 26: Eigentumsgarantie
- BV 27: Wirtschaftsfreiheit
- BV 28: Koalitionsfreiheit (Zusammenschliessen von Arbeitnehmern, Streik usw.)
- BV 29: Allgemeine Verfahrensgarantien (Recht auf ein Gerichtsverfahren)
- BV 30: Gerichtliche Verfahren
- BV 31: Freiheitsentzug (Wie Freiheitsentzug geregelt ist)
- BV 32: Strafverfahren (Wie sind Strafverfahren geregelt)
- BV 33: Petitionsrecht
- BV 35: Verwirklichung der Grundrechte (Wie werden die Grundrechte umgesetzt)
- BV 36: Einschränkungen von Grundrechten (Welche Einschränkungen gibt es bei den Grundrechten)

5.1 Politisches System Schweiz

5.2 Gewaltenteilung

In der Schweiz gibt es eine sogenannte Gewaltenteilung. Diese teilt die Macht der Regierung auf in drei Teile.

Staatsgewalt			
	Parlament (Legislative) (Rechtsetzung)	Regierung (Exekutive) (Rechtsanwendung)	Gerichte (Judikative) (Rechtsprechung)
	– Gesetze geben – Kontrolle von Regierung/Verwaltung	– Gesetze ausführen – regieren – Staat lenken	– richten – strafen – schlichten
Bund	Bundesversammlung (Nationalrat mit 200 und Ständerat mit 46 Mitgliedern)	Bundesrat (7 Mitglieder)	Bundesgericht (35–45 Mitglieder)
Kanton	– Grosser Rat – Kantonsrat – Landrat – Landsgemeinde	– Regierungsrat – Staatsrat (5–7 Mitglieder)	– Obergericht – Kantonsgericht
			– Amtsgericht – Bezirksgericht – Kreisgericht
Gemeinde	– Gemeindeversammlung – Einwohnerrat – Grosser Gemeinderat – Grosser Stadtrat	– Gemeinderat – Kleiner Stadtrat	Schlichtungsbehörde (Friedensrichter/in oder Vermittler/in)

5.3 Zweikammersystem

5.3.1 Nationalrat

- 200 Abgeordnete des Volkes
- Sitze werden auf Kantone anhand derer Einwohnerzahl verteilt
- Amtsdauer 4 Jahre

5.3.2 Ständerat

- 46 Abgeordnete der Kantone
- Jeder Kanton hat zwei Sitze, jeder Halbkanton einen
- Amtsdauer 4 Jahre

5.3.3 Vereinigte Bundesversammlung

Für bestimmte Aufgaben treffen sich National- und Ständerat und bilden die vereinigte Bundesversammlung.

- Wahlen (Bundesrat)
- Begnadigung (Urteile und Strafen vom Bundesgericht teilweise oder ganz erlassen)
- Zuständigkeitskonflikte entscheiden (zwischen Parlament, Bundesrat und Bundesgericht)

5.4 Parteien

Im folgenden eine Auflistung der Parteien, die in der Bundesversammlung vertreten sind.

- (BDP) Bürgerlich-Demokratische Partei: bürgerlich, konservativ, Mitte
- (CVP) Christlichdemokratische Volkspartei: christdemokratisch, bürgerlich, breites Spektrum von leicht links der Mitte bis klar rechts
- (CSP) Christlichsoziale Partei Obwalden : christdemokratisch, Mitte (Kanton Obwalden)
- (EVP) Evangelische Volkspartei: evangelisch, wertkonservativ, ökologisch, Mitte
- (FDP) FDP.Die Liberalen: bürgerlich, wirtschaftsliberal, gesellschaftsliberal, Mitte-rechts
- (GPS) Grüne Partei der Schweiz: ökologisch, pazifistisch, feministisch, gesellschaftsliberal, links
- (GLP) Grünliberale Partei: ökologisch, wirtschaftsliberal, gesellschaftsliberal, Mitte
- (Lega) Lega dei Ticinesi: isolationistisch, konservativ, stark rechts (Kanton Tessin)
- (MCR/MCG) Mouvement citoyens romands/genevois: Protestpartei, populistisch, gegen Grenzgänger, Romandie (von Bedeutung nur im Kanton Genf)
- (PdA/POP) Partei der Arbeit der Schweiz : kommunistisch, äusserst links
- (SVP) Schweizerische Volkspartei: rechtspopulistisch, nationalkonservativ, teils wirtschaftsliberal, isolationistisch

- (SP) Sozialdemokratische Partei der Schweiz: sozialdemokratisch, für starken Sozialstaat, ökologisch, gesellschaftsliberal, links

5.5 Fraktionen

Fraktionen sind Zusammenschlüsse von Politikern. Fraktionen haben das Recht parlamentarische Initiativen, Vorstösse, Anträge und Wahlvorschläge einzureichen.

Eine Fraktion muss mindestens 5 Mitglieder haben. Aus diesem Grund schliessen sich einzelne Politiker anderen Fraktionen an.

Fraktionen zwischen 2011-2015

Fraktion GPS Nationalrat: 15 Ständerat: 2 <hr/> Total Mitglieder: 17	Fraktion CVP/EVP/CSP Nationalrat: – CVP 28 – EVP 2 – CSP 1 <hr/> Total Nationalrat 31 Ständerat: – CVP 13 <hr/> Total Ständerat 13 <hr/> Total Mitglieder: 44	Fraktion FDP Nationalrat: 30 Ständerat: 11 <hr/> Total Mitglieder: 41
Fraktion SP Nationalrat: 46 Ständerat: 11 <hr/> Total Mitglieder: 57		Fraktion SVP/LEGA Nationalrat: – SVP 54 – Lega 2 <hr/> Total Nationalrat 56 Ständerat: – SVP 5 – Parteilos 1 <hr/> Total Ständerat 6 <hr/> Total Mitglieder: 62
Fraktion glp Nationalrat: 12 Ständerat: 2 <hr/> Total Mitglieder: 14	Fraktion BDP Nationalrat: 9 Ständerat: 1 <hr/> Total Mitglieder: 10	

5.6 Bundesrat

Der Bundesrat besteht aus 7 Mitgliedern und hat eine Amtszeit von 4 Jahren.

5.6.1 Aktuelle List

- Ueli Maurer (Bundespräsident)
- Ingrazio Cassis
- Alain Berset
- Karin Keller Sutter
- Viola Amherd
- Guy Parmelin
- Simonetta Sommaruga

5.6.2 Aufgaben

- Regieren
- Planen

5.6.3 Kollegialsystem

Der Bundesrat tritt immer als gesamtes auf. Werden in den Sitzungen Dinge beschlossen, haben nach aussen alle dieselbe Meinung, auch wenn einzelne der Mitglieder selber eigentlich eine andere Meinung haben.

5.6.4 Departementsprinzip

Jeder Bundesrat ist für ein Departement zuständig. Hierbei zählt aber immer noch das Kollegialsystem. Bei Entscheidungen hat also der Departementschef keine zusätzlichen Rechte wie die anderen Mitglieder.

- Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)
- Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI)
- Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
- Das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)
- Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD)
- Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF).
- Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK)

5.6.5 Bundespräsident

Vorsitz im Bundesrat, hat jedoch nicht mehr Rechte als die anderen Mitglieder.
Amtsdauer: 1 Jahr

5.6.5.1 Aufgaben

- Bundesratssitzungen vorbereiten und leiten
- Bei Stimmengleichheit den Stichentscheid geben
- Repräsentationsaufgaben (der Schweiz) erfüllen
- Sich an die Bevölkerung wenden (Neujahr, 1. August, Tag der Kranken...)
- In den Räten den Geschäftsbericht des Bundesrates vertreten

5.7 Arten von Mehr

5.7.1 Absolutes Mehr

Einer mehr als die Hälfte

5.7.2 Relatives Mehr

Der mit den Meisten Stimmen gewinnt.

5.7.3 Qualifiziertes Mehr

Nur beim Erreichen von zwei Dritteln der Stimmen.

5.7.4 Volksmehr

Die Mehrheit der gültig stimmenden Personen.

5.7.5 Ständemehr

Die Mehrheit der Kantone (Stände).

5.7.6 Doppeltes Mehr

Volks- sowie Stände mehr sind gegeben.

5.8 Stimmen/Wählen

Aktives Wahlrecht: Man kann andere Menschen wählen.

Passives Wahlrecht: Man kann selbst gewählt werden.

5.8.1 Majorzwahlverfahren

Beim Majorzwahlverfahren wird nur die Mehrheit der Stimmen beachtet. Das heisst die Person mit den meisten Stimmen wird gewählt.

Dieses Verfahren wird eingesetzt, wenn nur ein Sitz zu vergeben ist.

Normalerweise gilt das Absolute Mehr. Wird dies nicht erreicht, gibt es meist einen zweiten Wahlgang, in dem dann das Relative Mehr gilt.

5.8.2 Proportwahlverfahren

Die Sitze werden gemäss dem Verhältnis der Stimmen auf die Parteien aufgeteilt.

Dieses Verfahren kommt nur in wenigen Fällen zur Anwendung.

- Nationalratswahl
- Grosser Rat / Kantonsrat / Landrat
- Einwohnerrat / Grosser Gemeinderat / Grosser Stadtrat

5.9 Rangordnung der Rechtserlasse

5.9.1 Verfassung

Grundgesetz, Änderungen werden vom Volk und den Ständen entschieden.
Die Verfassung ist die Grundlage für die Schaffung von Gesetzten.

5.9.1.1 Gesetz

Gesetze, welche vom National- und Ständerat beschlossen werden.
Gesetze enthalten Rechte, Pflichten, Gebote und Verbote.

5.9.2 Verordnung

Verordnungen sind untergeordnete Erlasse, welche Details regeln. Diese Verordnungen werden vom Bundesrat erlassen und unterstehen nicht dem Referendum.

6 Volks und Grundrechte der Schweiz

6.1 Referendum

Das Volk kann über Beschlüsse vom Parlament mitentscheiden.

Das Volk kann Stillschweigend zustimmen (nichts machen) oder eine Abstimmung forcieren.

Um eine Abstimmung zu forcieren müssen folgende Bedingungen erfüllt werden:

- 100 Tage Frist ab Veröffentlichung des Bundesblattes eingehalten
- 50'000 Stimmberechtigte unterschreiben
 - oder
- Innerhalb von 100 Tagen verlangen 8 Kantone eine Abstimmung durch das Volk

6.2 Initiative

Das Recht des Volkes, neue Artikel und / oder die Änderung oder die Aufhebung bestehender Artikeln der Bundesverfassung anzuregen.

6.2.1 Formulierte Initiative

Beim Einreichen der Initiative wird direkt der genaue Wortlaut des Textes mitgeliefert.

Dies ist normalerweise der Fall.

6.2.2 Allgemeine Anregung

Eine Forderung des Volkes ohne genauen Gesetzestext.

Den Text beschliesst das Volk oder das Parlament im Anschluss.

Von allgemeinen Anregungen wird sehr selten gebrauch gemacht.

Damit es zu einer Abstimmung kommt müssen folgende Bedingungen gegeben sein:

- 18 Monate Frist ab Veröffentlichung im Bundesblatt eingehalten.
- 100'000 Stimmberechtigte unterschreiben
- Einheit der Materie muss bewahrt sein, sprich es wird nur über etwas abgestimmt.
- Zwingende Menschenrechte dürfen nicht verletzt werden.

6.3 Pflichten

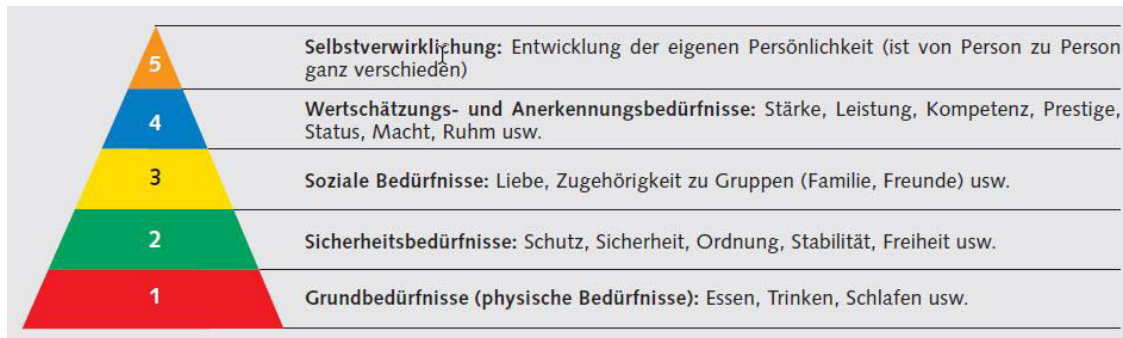
Schweizer Bürgerinnen und Bürger haben folgende Pflichten:

- Militärdienst oder ziviler Ersatzdienst
- Dienst im Zivilschutz (als Alternative zum Militärdienst)
- Grundschulpflicht
- Steuerpflicht
- "Unechte Pflichten"
 - Amtspflicht (Falls von der Kantonsverfassung festgelegt, müssen gewählte Personen für ein öffentliches Amt mindestens eine Amtsperiode absolvieren)
 - Gehorsamspflicht (Jedermann hat die Pflicht, Gesetze und Vorschriften einzuhalten, und soll alles unterlassen, was der Öffentlichkeit schaden könnte)
 - Treuepflicht (Jedermann hat in der Ausübung seiner Rechte und in der Erfüllung seiner Pflichten nach Treu und Glauben zu handeln)

7 Wirtschaft

7.1 Bedürfnisse

Abraham Maslow ordnet die menschlichen Bedürfnisse auf einer fünfstufigen Pyramide:



Grundsätzlich gilt: Erst wenn das untergeordnete Bedürfnis (z.B. das Grundbedürfnis) befriedigt ist, tritt das nächsthöhere Bedürfnis (z.B. das Sicherheitsbedürfnis) auf.

7.2 Produktionsfaktoren

Grundsätzlich funktioniert jedes Unternehmen nach dem gleichen Prinzip: Es erhält einen Input. Unter Einsatz der Produktionsfaktoren (Boden, Arbeit und Kapital) versucht es, den Wert des Produktes zu steigern und dieses anschliessend wieder zu verkaufen.

- **Boden:** Landwirtschaft auf einem Feld.
- **Arbeit:** Erbringen einer Dienstleistung
- **Kapital:** Vermehrung des Aktienkapitals

7.3 Wirtschaftsmodelle

In den beiden absoluten Modellformen funktioniert keine Volkswirtschaft auf der Erde. Wer in einem Staat über die Staatsgewalt verfügt, bestimmt, ob die Wirtschaft eher nach marktwirtschaftlichen oder mehr nach planwirtschaftlichen Grundsätzen funktioniert. Die Theorie unterscheidet grundsätzlich zwischen zwei Wirtschaftsmodellen:

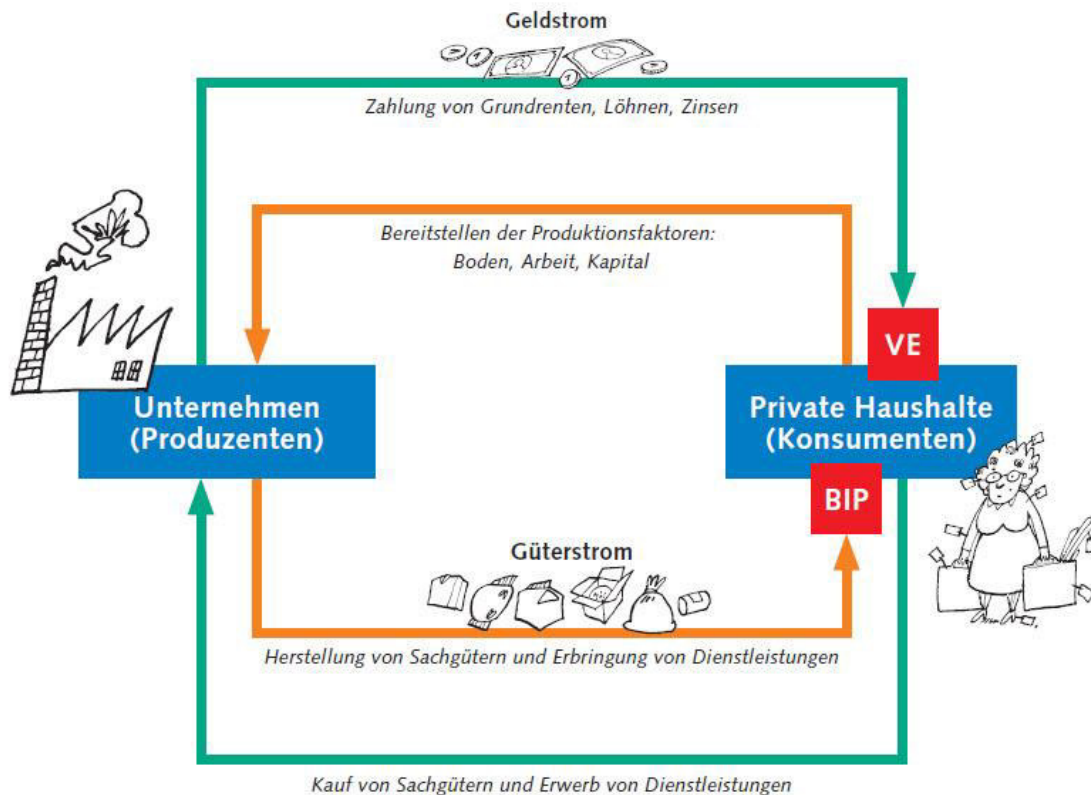
7.3.1 Freie Marktwirtschaft

Die freie Marktwirtschaft funktioniert ausschliesslich nach dem Prinzip des freien Marktes, wo Angebot und Nachfrage aufeinandertreffen. Es gibt keine staatlichen Eingriffe.

7.3.2 Zentrale Planwirtschaft

Das wirtschaftliche Geschehen wird durch den Staat allein geregelt. Ihm (der sozialen Gemeinschaft) gehören alle Produktionsfaktoren (Boden, Arbeit, Wissen, Kapital). Es herrscht totale staatliche Lenkung.

7.4 Wirtschaftskreislauf



7.4.1 Güterstrom

Mithilfe der 3 Produktionsfaktoren können die Unternehmen Sachgüter herstellen und Dienstleistungen erbringen, welche sie auf dem Markt anbieten.

7.4.2 Geldstrom

Die Unternehmen zahlen den privaten Haushalten für die Arbeit Löhne, für das Kapital Zinsen und für die Benützung des Bodens Grundrenten.

7.4.3 Unternehmen / Produzenten

Unternehmen stellen für die Volkswirtschaft Sachgüter her oder erbringen Dienstleistungen. Jedes Unternehmen (jeder Produzent) ist gleichzeitig immer auch ein privater Haushalt.

7.4.4 Private Haushalte/Konsumenten

Der Begriff «private Haushalte (Konsumenten)» umfasst alle Wirtschaftssubjekte, die in der Volkswirtschaft Sachgüter und Dienstleistungen nachfragen.

Der Begriff **Wirtschaftssubjekte** umfasst

- alle privaten Personen (die privaten Haushalte),
- sämtliche Unternehmen (Produzenten) sowie

- die öffentliche Hand (Bund, Kantone, Gemeinden).

7.4.5 Geldwertstörung

Das wirtschaftliche Gleichgewicht wird dann gestört, wenn die beiden Ströme nicht mehr übereinstimmen. Man unterscheidet bei den Geldwertstörungen zwischen Inflation und Deflation.

7.4.5.1 Inflation

Anhaltender Anstieg des allgemeinen Preisniveaus. Der Wert des Geldes sinkt.

Bei einer Inflation bläht sich die Geldmenge im Verhältnis zur Gütermenge auf, womit die Geldmenge grösser wird als die Gütermenge. Für die gleiche Summe Geld erhält man weniger Sachgüter und Dienstleistungen.

7.4.5.2 Deflation

Unter Deflation versteht man einen Rückgang des Preisniveaus für Güter und Dienstleistungen. Deflation entsteht, wenn die Nachfrage geringer ist als das Angebot (Absatzkrise). Deflation ist das Gegenteil von Inflation.

7.5 Wirtschaftsbegriffe

7.5.1 Sozialprodukt

Summe aller wirtschaftlichen Leistungen, die von den Einwohnern eines Landes innerhalb eines Jahres erbracht werden.

7.5.2 Volkseinkommen

Das Volkseinkommen beschreibt alle Einkommen, die in einem Jahr durch den Einsatz von Arbeit, Boden und Kapital in einem Land entstehen.

7.5.3 Konjunktur

Die Konjunktur ist der Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung.

7.5.4 Volkswirtschaft

Die Gesamtheit aller Bestandteile des einfachen Wirtschaftskreislaufs. Folgende Fragestellungen sind Bestandteile der Volkswirtschaftslehre

- Berechnung des Volkseinkommens und Bruttoinlandsprodukt
- Untersuchung der Konjunktur

7.5.5 Landesindex der Konsumentenpreise (LIK)

Ist ein Massstab, der die allgemeine Preisentwicklung von all jenen Sachgütern und Dienstleistungen aufzeigt, welche für die privaten Haushalte von Bedeutung sind.

7.5.6 Wohlstand

Wohlstand bedeutet über möglichst viele und hochwertige Güter verfügen können.

7.5.7 Wohlfahrt

Wohlfahrt heisst Lebensqualität und ist der Oberbegriff für alle Massnahmen, die zum Wohlbefinden des Menschen beitragen.

7.5.8 Bruttoinlandprodukt (BIP)

Das BIP ist also die geeignete Grösse, um die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes aufzuzeigen. Ein Staat kann das Bruttoinlandprodukt über mehrere Jahre hinweg vergleichen und das Wachstum seiner Volkswirtschaft berechnen. Man unterscheidet zwischen dem nominalen Bruttoinlandprodukt und dem realen Bruttoinlandprodukt.

7.5.8.1 Nominelle BIP

Beim nominellen BIP werden die während eines Jahres produzierten Sachgüter und Dienstleistungen zu laufenden Preisen berechnet. (Laufende Preise sind die im entsprechenden Jahr aktuellen Preise.)

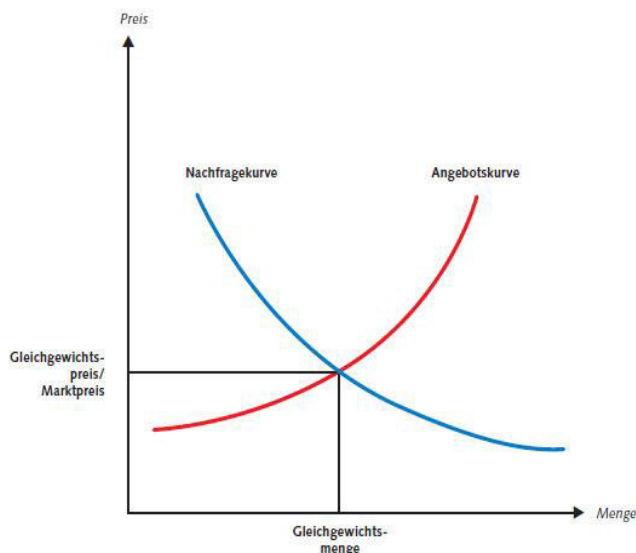
7.5.8.2 Reale BIP

Beim realen BIP wird berücksichtigt, dass die während eines Jahres produzierten Sachgüter und Dienstleistungen, bezogen auf ein früheres Basisjahr, teurer geworden sind. Durch die Umrechnung auf dieses Basisjahr wird die Teuerung eliminiert. Dadurch kann das Wachstum einer Volkswirtschaft realistischer dargestellt werden.

7.6 Preisbildung

Die Preisbildung auf dem Markt erfolgt aufgrund des Zusammenspiels zwischen Angebot und Nachfrage. Der Preis übernimmt in der freien Marktwirtschaft eine Signalfunktion, indem er anzeigt, dass Sachgüter und Dienstleistungen knapper werden. Der Preis lenkt Angebot und Nachfrage.

Der Schnittpunkt der Angebots- und der Nachfragekurve wird «Gleichgewichtspreis» oder «Marktpreis» genannt. Beim Gleichgewichtspreis wird der Markt geräumt, d.h. die angebotene Menge entspricht der nachgefragten Menge.



7.7 Wirtschaftssektoren

1. Sektor: Beschaffung der Güter.

- Landwirtschaft

- Forstwirtschaft,
- Jagd
- Fischerei

2. Sektor: Güterveredelung, Güterverarbeitung

- Industrie
- Gewerbebetriebe
- Handwerker.

3. Sektor: Dienstleistungen und Verwaltungen

- Banken
- Versicherungen
- Gastgewerbe
- Handel

8 Lohn

Der Bruttolohn ist der Lohn ohne den Abzug der Sozial- und Versicherungsleistungen. Der Nettolohn ist der Lohn ohne die Abzüge. Das ist der Lohn der dem Arbeitsnehmenden ausbezahlt wird.

8.1 Lohnabzüge

Folgende Abzüge werden vom Bruttolohn abgezogen:

Bezeichnung	Basis	Ansatz	Betrag CHF	Total CHF
Jahreslohn brutto	79 300.00			
AHV-pflichtiger Monatslohn 1/13				6 100.00
Kinderzulagen (2 Kinder)	200.00			<u>400.00</u>
Bruttolohn				6 500.00
Abzug AHV/IV/EO	6 100.00	5,15%	314.15	
ALV	6 100.00	1,10%	67.10	
BVG	4 210.00	7,50%	315.75	
NBU	6 100.00	1,30%	79.30	
Krankentaggeldversicherung	6 100.00	1,00%	<u>61.00</u>	
Abzüge			837.30	<u>837.30</u>
Nettolohn				5 662.70
Spesen			250.00	<u>250.00</u>
Ausbezahlter Lohn				5 912.70

8.1.1 AHV / IV / EO

Die Beitragspflicht beginnt für Erwerbstätige am 1. Januar nach vollendetem 17. Altersjahr.

- AHV => Alters- und Hinterlassenenversicherung
- IV => Invalidenversicherung
- EO => Erwerbsersatzordnung

Der AHV / IV / EO-Mindestbeitrag (2014) für Selbständigerwerbende und Nichterwerbstätige beträgt CHF 480.– (damit keine Zahlungslücken entstehen).

8.1.2 ALV (Arbeitslosenversicherung)

Dem Arbeitnehmer wird bis zu einem Jahresverdienst von CHF 126 000.– vom Lohn 1,10% ALV abgezogen (ab CHF 126 001.– gilt ein Solidaritätsbeitrag von 0,5%).

8.1.3 BVG (Pensionskasse)

Ab 1. Januar nach vollendetem 24. Altersjahr werden von einem Jahreseinkommen über CHF 21 060.– obligatorisch Pensionskassenabzüge getätigt. Die Basis wird wie folgt berechnet: Vom Jahresbruttolohn zieht man den Koordinationsabzug von momentan CHF 24 570.– ab. Den Rest dividiert man durch die Anzahl Monatsauszahlungen.

8.2 NBU (Nichtberufsunfälle)

Als Nichtberufsunfälle gelten alle Unfälle, die dem Arbeitnehmer während der Freizeit oder während des Urlaubs passieren. Die Abzüge sind je nach Tätigkeit (Branche) unterschiedlich hoch. Die Nichtberufsunfallversicherung gilt für Anstellungen mit einem wöchentlichen Pensum von mindestens 8 Stunden. Der Arbeitgeber muss für seinen Arbeitnehmer gleichzeitig mit der BU-Prämie auch die NBU-Prämie bezahlen. Diesen Betrag darf er dem Arbeitnehmer aber vollumfänglich am Lohn abziehen.

8.2.1 Krankentaggeld

Diese freiwillige Versicherung garantiert bei Krankheit eine längere Lohnfortzahlung als es das gesetzliche Minimum verlangt.

8.3 Budget

8.3.1 Verpflichtungen

Neben dem Lohn gibt es andere Kosten die bei jedem Haushalt anfallen die monatlich bezahlt werden müssen und der entsprechende Betrag einkalkuliert werden muss.

- Wohnung
- Steuern
- Krankenkasse
- Hausrat und Privathaftpflichtversicherung
- Radio, TV, Internet
- Zeitungen, Zeitschriften Abo

8.3.2 Sparen

Neben der Möglichkeit das Geld auszugeben ist es auch möglich das Geld zu sparen. Sparen kann man aus unterschiedlichen Motivationen:

- Defizit im Budget
- Grössere Anschaffungen
- Sicherheit
- Geldvermehrung (Investitionen)

8.3.2.1 Konti

Es gibt verschieden Anlegemöglichkeiten für das erstarre Geld einige davon sind:

- Sparstrumpf/Kasse
- Bankkonto/Postkonto
- Sparkonto
- Festgeld / Termingeld (Der Bank wird ein gewisser Betrag für eine feste Zeit zur Verfügung gestellt.)
- Aktien
- Anlagefonds-Anteilscheine

8.3.3 Individuelle Ausgabe

Die andern Ausgaben sind Individuell müssen aber trotzdem monatlich einberechnet werden.
Hier ein Beispiel eines Monatsbudgets:

Nettolohn pro Monat	3500.– alleinstehend		6500.– Familie, 2 Kinder	
Feste Verpflichtungen				
Wohnen (Empfehlung: max. 1/3 des Lohns)	1100.–		1900.–	
Steuern	280.–		600.–	
Krankheit, Unfall (Grundversicherung)	280.–		800.–	
Hausrat-, Privathaftpflichtversicherung	30.–		40.–	
Radio, TV, Internet	150.–		150.–	
Zeitungen, Zeitschriften Abo	40.–		40.–	
Total		1880.–		3530.–
Variable Kosten				
Energie	40.–		80.–	
Fahrkosten	100.–		140.–	
Nahrung, Getränke	450.–		1150.–	
Reinigungsmittel + andere Nebenkosten	50.–		200.–	
Total		640.–		1570.–
Persönliche Auslagen				
Kleider, Wäsche, Schuhe	180.–		360.–	
Coiffeur, Freizeit, Sport, Kultur	220.–		300.–	
Total		400.–		660.–
Rückstellungen				
Zahnarzt, Selbstbehalt KK, Optiker	40.–		150.–	
Geschenke	50.–		70.–	
Anschaffungen, Unvorhergesehenes	110.–		250.–	
Total		200.–		470.–
Verfügbarer Betrag				
Sparen, Ferien, Weiterbildung	380.–		270.–	
Total		380.–		270.–
Total aller Ausgaben		3500.–		6500.–

8.4 Kartenzahlungen

8.4.1 Debitkarte

Bei einer Debitkarte wird der geschuldete Geldbetrag umgehend beim Bankkonto abgebucht.

8.4.1.1 Vorteile

- Der bargeldlose Zahlungsverkehr und der geheime PIN bieten mehr Sicherheit.
- Die monatliche Höchstgrenze für Geldbezüge kann individuell angepasst werden.
- Tageslimite

8.4.1.2 Nachteil

- Bei unachtsamem Gebrauch kann ein Dieb die gesamte Monatslimite abheben, da eine Verbindung zu einem Konto besteht.

8.4.1.3 Beispiele

- Maestro-Karte
- Postfinance Card Direct

8.4.2 Kreditkarte

Mit Kreditkarten kann weltweit bargeldlos bezahlt werden. Im Gegensatz zur Debitkarte wird hier der Betrag nicht sofort dem Konto belastet. Man erhält Ende Monat eine Abrechnung und überweist dann den offenen Betrag.

8.4.2.1 Vorteile

- Man kann bargeldlos bezahlen (Sicherheit: Unterschrift oder ein PIN).
- Der geschuldete Betrag muss erst Ende Monat bezahlt werden.

8.4.2.2 Nachteil

- Die Kreditkartenfirmen gewähren einen Kredit nur für kurze Zeit.

8.4.2.3 Beispiele

- Visa
- Mastercard
- American Express

9 Kaufvertrag

9.1 Ablauf



9.2 Finanzierung

Jede Ware oder Dienstleistung kann auf unterschiedliche Weise finanziert werden:

- Barkauf
- Darlehen
- Kredit
- Abzahlung
- Leasing
- Hypothek (Kredit für Haus und Grundstückkauf)

9.3 Werkvertrag

Beim Werkvertrag steht die Herstellung eines Werkes, also ein konkretes Resultat, im Vordergrund. Im Gegensatz zum Kaufvertrag, bei dem eine fertige Ware gekauft wird, lässt der Besteller beim Werkvertrag eine Sache nach seinen Wünschen herstellen, abändern oder reparieren.

9.4 Kaufverträge

9.4.1 Handkauf (Barkauf)

Die Bezahlung erfolgt gleichzeitig mit der Übergabe des Kaufgegenstandes.

9.4.1.1 Käufer

- Hat besseren Überblick über die Ausgaben
- Erhält allenfalls einen Barzahlungsrabatt
- Hoher Kaufpreis bedeutet allenfalls ein Sicherheitsrisiko (viel Bargeld in der Tasche)

9.4.1.2 Verkäufer

- Kann sofort über Geld verfügen

9.4.2 Kreditkauf

Die Bezahlung erfolgt mit einer zeitlichen Verzögerung (z.B. 30 Tage) nach der Übergabe der Ware. Der Verkäufer übergibt dem Käufer die Ware mit Rechnung. Diese ist vom Käufer innerhalb der vereinbarten Frist zu begleichen.

9.4.2.1 Käufer

- Muss kein Bargeld auf sich tragen
- Erhält Zahlungsaufschub
- Bekommt keinen Barzahlungsrabatt (aber allenfalls Skonto bei Bezahlung innert kurzer Frist, z.B. innert 8 Tagen)

9.4.2.2 Verkäufer

- Erhält das Geld erst mit zeitlicher Verzögerung
- Mit der Übergabe der Sache geht zumindest der Besitz an den Käufer über, in der Regel aber auch das Eigentum daran. Beahlt der Käufer die Ware nicht, kann diese vom Verkäufer nicht einfach zurückgefordert werden (OR 2143). Der Verkäufer muss den Weg über die Betreibung beschreiten.

9.4.3 Mietkauf

Ein Gegenstand wird gemietet. Nach Vertrag kann der Mietgegenstand zu einem späteren Zeitpunkt zu Eigentum erworben werden. Diese Vertragsart ist gesetzlich nicht geregelt. Die bereits geleisteten Mietzinse werden beim Mietkauf teilweise zum Kaufpreis gerechnet.

9.4.4 Kauf an der Haustüre, am Telefon, auf einer Werbefahrt, am Arbeitsplatz

Für diese Vertragsarten gibt es gesetzliche Vorschriften zum Schutz des Konsumenten:

- Der Kunde kann den Vertragsabschluss innerhalb von 7 Tagen schriftlich (OR 40b und 40e).
- Der Verkäufer muss den Kunden schriftlich über dieses Widerrufsrecht informieren (OR 40d). Die Frist zum Widerruf beginnt nicht zu laufen, solange der Verkäufer den Käufer nicht über das Widerrufsrecht informiert hat (OR 40e). Diese Schutzbestimmungen gelten nicht, falls

- die Kaufsumme unter CHF 100.– liegt (OR 40a);
- es sich um Versicherungsverträge handelt (OR 40a);
- der Kunde die Vertragsverhandlungen ausdrücklich gewünscht hat (OR 40c);
- der Kunde den Vertrag an einem Markt- oder Messestand abgeschlossen hat (OR 40c).

9.5 Konsumkreditarten (KKG 9 –12)

Das Gesetz unterscheidet vier Kreditarten:

9.5.1 Barkredite (KKG 9)

Die Kreditgeberin gewährt einem Konsumenten einen Bar bzw. einen Geldkredit zu privaten Zwecken, ohne dass sie den Verwendungszweck des Kredites vorschreibt.

9.5.2 Verträge zur Finanzierung des Erwerbs von Waren und Dienstleistungen (KKG 9 und 10)

Die Kreditgeberin schliesst mit einem Konsumenten einen Kreditvertrag ab, um den Kauf einer bestimmten Ware oder Dienstleistung für den privaten Konsum vorzufinanzieren. Die Rückzahlung erfolgt üblicherweise in Form von monatlichen Ratenzahlungen.

9.5.3 Leasingverträge (KKG 11)

Die Leasinggeberin finanziert dem Leasingnehmer die Nutzung einer Leasing Sache zu privaten Zwecken.

9.5.3.1 Pflichten der Kreditgeberin

- Kreditfähigkeitsprüfung
- Meldung des Leasingvertrages an IKO
- Meldepflicht an IKO auch bei Ausstehen von drei Leasingraten

9.5.3.2 Rechte des Kreditnehmers

- Widerrufsrecht des Konsumenten innert 7 Tagen
- Rücktrittsrecht der Leasinggeberin bei Zahlungsrückständen von mehr als drei monatlichen Leasingraten
- Der Leasingnehmer kann mit einer Frist von mindestens 30 Tagen auf Ende einer dreimonatigen Leasingdauer kündigen

9.5.4 Überziehungskredit auf laufendem Konto oder Kredit- und Kundenkartenkonto mit Kreditoption (KKG 12)

Die Kreditgeberin gewährt einem Konsumenten zu privaten Zwecken einen Überziehungskredit auf laufendem Konto oder auf einem Kredit- und Kundenkartenkonto mit Kreditoption (d.h. der Kredit kann in Raten zurückbezahlt werden).

9.6 Konsumkreditgesetz

Menschen schliessen häufig Kreditverträge ab, wenn sie Bargeld für private Zwecke brauchen (z.B. Zahlungsverpflichtungen, Ferien) oder Anschaffungen tätigen wollen (z.B. Auto, Möbel), aber über keine flüssigen Mittel verfügen. Sie nehmen dafür oft sehr hohe Zinsen in Kauf.

9.6.1 Ziel

Das KKG soll den Konsumenten vor Überschuldung schützen. In den letzten Jahren hat die Überschuldung vor allem bei jungen Erwachsenen massiv zugenommen. Das KKG versucht, die grössten Auswüchse zu verhindern.

9.6.2 Schutz des Kreditnehmers

Der Gesetzgeber hat Vorschriften zum Schutz finanzschwacher Konsumenten aufgestellt:

- Kreditfähigkeitsprüfung muss durchgeführt werden (siehe KKG 28 bis 31).
- Der Kreditnehmer muss bei der Informationsstelle für Konsumkredite (IKO) zu melden.
- Die Kreditgeberin darf den Höchstzinssatz (zurzeit maximal 15% inkl. Kosten) nicht überschreiten.
- Dem Kreditnehmer wird ein Rücktrittsrecht von 7 Tagen nach Erhalt der Vertragskopie eingeräumt.

9.6.3 Bereichsausnahmen (KKG 7)

Nicht unter das KKG fallen:

- zins- und gebührenfreie Kredite
- Kreditverträge unter CHF 500.– und über CHF 80 000.–
- Vier-Raten-Kredit, der innerhalb von 12 Monaten liegt
- Kredit, dessen Rückzahlung innert höchstens dreier Monate erfolgt
- grundpfandgesicherte Kredite
- Kredite, die durch bankenübliche Sicherheiten (z.B. Faustpfand) abgedeckt, und Kredite, die durch hinterlegtes Vermögen gesichert sind
- Verträge über fortgesetzte Erbringung von Dienstleistungen oder Leistungen von Versorgungsbetrieben (Wasserwerk, Elektrizitätswerk)

9.7 Mängel und Störungen

Bei einem Produktkauf folgende Mängel und Störungen auftreten.

9.7.1 Lieferverzug

Liefert der Verkäufer nicht rechtzeitig, wird er durch die Mahnung des Käufers in Verzug gesetzt. Die Mahnung enthält:

- Eine Nachlieferfrist
- Wird schriftlich versendet
- Wird eingeschrieben versendet

Verstreicht auch diese Nachfrist ungenutzt, kann der Käufer:

- auf der Lieferung beharren und zusätzlich Schadenersatz verlangen.
- auf die Lieferung verzichten
- vom Vertrag zurücktreten

9.7.2 Mangelhafte Ware

Wenn die Ware bei der Ankunft Mängelaufweist, kann der Käufer eine Mängelrüge an den Verkäufer schicken.

Mängelrüge: Mitteilung des Käufers an den Verkäufer, welche Mängel die Ware aufweist und dass die Mängel nicht akzeptiert werden.

Der Käufer kann folgende Forderungen stellen:

9.7.2.1 Ersatzlieferung

Bei der Ersatzlieferung wird die defekte Sache gegen eine einwandfreie umgetauscht. Nur möglich wenn es sich nicht um ein Einzelstück handelt. (Stückkauf)

9.7.2.2 Preisminderung

Durch die Preisminderung wird der Kaufpreis reduziert. Die Reduktion erfolgt um die verhältnismässige Werteinbusse, die der Kaufgegenstand aufgrund des Mangels hat.

9.7.2.3 Wandelung

Mit der Wandelung wird der Kaufvertrag rückgängig gemacht. Dabei gibt der Käufer die Ware zurück und erhält vom Verkäufer das bereits gezahlte Geld zurück. In diesem Fall darf der Käufer auf Bargeld beharren. Er muss keinen Gutschein akzeptieren.

10 Internationale Politik und Wirtschaft

10.1 Globalisierung

Globalisierung: Ist die zunehmende weltumspannende Verflechtung in Wirtschaft, Politik, Kultur, Information und Kommunikation (globalisieren = auf die ganze Welt ausrichten).

10.1.1 Aspekte/Auswirkungen

- **Finanzmärkte (Kapital)**
Die bedeutendste Globalisierung hat auf den Finanzmärkten stattgefunden, weil das Kapital relativ einfach in verschiedene Länder transferiert werden kann. **Problem:** Geht es einer Wirtschaft schlechter (z.B. Griechenland, Spanien, Italien, USA), reagieren die Kapitalanleger panikartig und sie ziehen ihr Kapital im grossen Stil zurück. Dadurch verschärft sich die wirtschaftliche Krise im entsprechenden Land.
- **Arbeitsmärkte (Arbeit)**
Im Gegensatz zu den Finanzmärkten ist der Arbeitsmarkt stärker auf die einzelne Volkswirtschaft begrenzt. Durch die Globalisierung hat sich die Konkurrenz unter den Arbeitnehmern weltweit verschärft. Für qualifizierte Arbeitskräfte haben sich die Möglichkeiten verbessert, im Ausland zu arbeiten.
- **Gütermärkte**
Die offensichtlichste Art der Globalisierung ist der weltweit schnelle Austausch von Sachgütern und Dienstleistungen. Diese werden häufig nicht mehr in der Schweiz produziert und dann exportiert, sondern im Ausland hergestellt, wo vor allem die Lohnkosten tiefer sind.

10.2 Die EU / Europäische Union (S. 231 - 234)

EU: 1957 gegründete internationale Organisation von inzwischen 28 europäischen Staaten mit rund 510 Millionen Menschen (Stand: 1.1.2014). Der Hauptsitz ist Brüssel. Teilweise tagt das Parlament auch in Strassburg. Das Hauptziel der EU ist, den Frieden in Europa zu sichern.

10.3 Entstehung

Angesichts des immensen Leids und der materiellen Zerstörung der beiden Weltkriege war das Bedürfnis Ende der Vierzigerjahre gross, den Frieden dauerhaft zu sichern. Mit dieser Absicht machte der französische Aussenminister Robert Schuman Deutschland den Vorschlag, die kriegswichtigen Kohle- und Stahlindustrien in einem gemeinsamen Markt unter eine übergeordnete Behörde zu stellen. Zusammen mit Belgien, Italien, Luxemburg und den Niederlanden gründeten sie 1951 die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).

Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Wiedervereinigung Deutschlands wurde 1992 mit dem Maastrichter Vertrag die Europäische Union geschaffen: Neben den Europäischen Gemeinschaften, dem sogenannten ersten Pfeiler, wurden ein zweiter Pfeiler der gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP) und ein dritter Pfeiler über eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres hinzugefügt.

10.3.1 Behörden/Institutionen

- **Der Europäische Rat**
Er ist die höchste Institution der EU. Er gibt der EU die für ihre Entwicklung erforderlichen Impulse und legt die allgemeinen politischen Zielvorstellungen für diese Entwicklung fest. Der Europäische Rat setzt sich zusammen aus 28 Staats- und Regierungschefs, einem Präsident und einem Kommissionspräsident.
- **Rat der Europäischen Union**
Als Vertreter der Mitgliedstaaten beschliesst er alle wesentlichen rechtlichen Erlasse (Verordnungen) und erlässt Richtlinien. Er verfügt über die Kompetenz, Recht zu setzen. (Diese Kompetenz teilt er mit dem Europäischen Parlament.) Der Rat der Europäischen Union besteht aus den 28 Ministern der EU-Länder.
- **Die Europäische Kommission**
Sie ist gleichermassen die Regierung der EU, welche die Beschlüsse des Rats der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments umsetzt. Zudem bildet sie innerhalb der EU die Antriebskraft, indem sie Rechtsvorschriften, politische Massnahmen und Aktionsprogramme vorschlägt. Die Kommission besteht aus 28 Mitgliedern (je ein Mitglied pro EU-Land).
- **Das Europäische Parlament**
Es ist die demokratisch gewählte Vertretung und das politische Kontrollorgan der Menschen in der EU. Es ist darüber hinaus am Rechtsetzungsprozess beteiligt, aber es ist nicht die gesetzgebende Institution wie die Parlamente in den einzelnen Staaten. Seine Amtsdauer: 5 Jahre. Das Europäische Parlament zählt grundsätzlich 751 Mitglieder (von 2013 bis 2014 sind es aber noch 766 Mitglieder).

10.4 Die Schweiz und die EU (S. 235 - 236)

10.4.1 Bilaterales Abkommen

= Ein Vertrag zwischen zwei Vertragspartnern.

Bilaterales Abkommen Schweiz – EU: Abkommen, das zwischen der Schweiz auf der einen Seite und der EU auf der anderen abgeschlossen wurde (Die EU-Länder treten als Einheit wie ein einziger Staat auf).

10.4.1.1 Bilaterale I

Sie umfassen 7 Bereiche und wurden vom Schweizer Stimmvolk im Jahre 2000 gutgeheissen: Forschung, freier Personenverkehr, Landverkehr, Landwirtschaft, Luftverkehr, öffentliches Beschaffungswesen, technische Handelshemmnisse.

10.4.1.2 Bilaterale II

Sie umfassen 9 Dossiers und wurden 2004 unterzeichnet: Justiz, Polizei, Asyl und Migration (Schengen /Dublin), Zinsbesteuerung, Betrugsbekämpfung, verarbeitete Landwirtschaftsprodukte, Umwelt, Statistik, MEDIA, Ruhegehälter und Bildung/Berufsbildung/Jugend

10.4.1.3 Freier Personenverkehr

Bürger der Schweiz dürfen andere Länder der EU ohne zusätzliches Visum o.ä. bereisen.

10.5 Europarat (S. 230)

1949 gegründete zwischenstaatliche Organisation (Staatenbund) von inzwischen 47 europäischen Staaten mit Sitz in Strassburg. Jeder europäische Staat kann Mitglied im Europarat werden, vorausgesetzt, er wird demokratisch regiert, akzeptiert das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und garantiert seinen Bürgerinnen und Bürgern die Wahrung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten.

Ziele

- Achtung der Menschenrechte
- Wahrung der Grundfreiheiten des Einzelnen
- Bessere Lebensbedingungen in den Mitgliedsländern
- Stärkung der demokratischen Institutionen
- Kulturelle Zusammenarbeit
- Suche nach Lösungen für die aktuellen gesellschaftlichen Probleme Europas (Fremdenhass, Intoleranz, Umweltverschmutzung, Klonen von Menschen, Aids, Drogen, organisiertes Verbrechen usw.)

10.6 UNO (Vereinte Nationen) (S.228 - 229)

1945 gegründeter Staatenbund mit Sitz in New York
(UNO = United Nations Organisation = Vereinte Nationen)

UNO-Charta: Urkunde, in welcher die Ziele der UNO formuliert sind. Der UNO gehören zurzeit 193 von 194 vollständig von der UNO anerkannten souveränen Staaten als Vollmitglieder an. Die UNO kann zwar nicht gesetzgeberisch wirken, hat aber aufgrund der Zwangsgewalt des Sicherheitsrates durchaus die Möglichkeit, Sanktionen zu ergreifen (selbst militärische).

Ziele

Die UNO wurde zunächst gegründet, um künftige Generationen vor Kriegen zu bewahren. Gemäss Artikel 1 der UNO-Charta geht es aber ganz allgemein darum:

- den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren (Hauptziel),
- Menschenrechte, Gerechtigkeit und Freiheit zu wahren,
- die internationale Zusammenarbeit zu fördern,
- Internationale Probleme in wirtschaftlichen oder humanitären Bereichen zu lösen.

10.7 Entwicklungsland / -zusammenarbeit (S. 308)

Umfasst alle Leistungen von Industrieländern an Entwicklungsländer mit dem Ziel, die Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern zu verbessern. Oberstes Ziel der Entwicklungszusammenarbeit ist die «Hilfe zur Selbsthilfe».

Entwicklungsland: Bezeichnung für ein Land

- mit einem niedrigen Pro-Kopf-Einkommen
- mit vielen Analphabeten bzw. niedrigen Einschulungsraten
- mit niedrigem Kalorienverbrauch pro Kopf
- mit einer schlechten medizinischen Versorgung
- mit einem explodierenden Bevölkerungswachstum
- mit einer hohen Säuglingssterblichkeit und niedriger Lebenserwartung

Diese Kriterien treffen vorwiegend auf viele Staaten in Afrika, Asien, Mittel- und Südamerika zu. Die **Entwicklungszusammenarbeit** ist ein wichtiger Bestandteil der schweizerischen Aus- senpolitik. Das Leitbild des Bundesrates für die Entwicklungszusammenarbeit stützt sich auf vier **Hauptziele**:

- Wahrung und Förderung von Frieden und Sicherheit; Förderung der Menschenrechte; Demokratie und Rechtsstaat.
- Förderung der Wohlfahrt und bessere Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Wachstum.
- Erhöhung der sozialen Gerechtigkeit.
- Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Der Bundesrat setzt 4 **Mittel** ein, um die Entwicklungszusammenarbeit zu fördern:

- die Technische Zusammenarbeit: Projekte, die unter schweizerischer Aufsicht durchgeführt, überwacht und finanziert werden (z.B. Bau einer Käserei)
- die Finanzhilfe: Kredite zu besonders günstigen Bedingungen und Beiträge à fonds perdu (diese müssen nicht zurückbezahlt werden)
- wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen: Hilfe an die Entwicklungsländer durch verstärkte Handelsbeziehungen (z.B. Gewährung günstigerer Zollbedingungen)
- die humanitäre Hilfe: Lieferung von Nahrungsmitteln, Medikamenten, Zelten usw.

10.8 WTO (S.306 - 307)

(World Trade Organization = Welthandelsorganisation): basiert auf einem 1995 in Kraft getretenen völkerrechtlichen Vertrag. Die WTO ist eine internationale Organisation. Der WTO gehören zurzeit 159 Staaten (Stand 1.1.2014) an (u.a. auch die Schweiz). Die Mitgliedsstaaten decken über 90% des Welthandels ab.

10.8.1 Ziele

- Den weltweiten Handel mit Sachgütern und Dienstleistungen regeln
- Den freien Welthandel garantieren
- Handelsschikanen abbauen

- Faire Spielregeln im Welthandel schaffen

10.8.2 Aufbau / 3-Säulen

Die WTO bildet die Dachorganisation für:

- das Güter- und Zollabkommen (GATT)
- das Dienstleistungsabkommen (GATS)
- das Abkommen über geistiges Eigentum (TRIPS)

11 Weitere Institutionen

11.1 Nato

(North Atlantic Treaty Organization „Organisation des Nordatlantikvertrags“).

Die NATO ist eine Internationale Organisation ohne Hoheitsrechte. Ihre Mitgliedstaaten behalten ihre volle Souveränität und Unabhängigkeit. Basis der NATO ist der Nordatlantikvertrag nach Artikel 51 der UN-Charta. Ihre Organisation versteht sich nicht nur als Verteidigungsbündnis, sondern auch als militärisch-politische Organisation von 29 europäischen und nordamerikanischen Mitgliedstaaten mit dem Ziel eigener Sicherheit und weltweiter Stabilität.

11.2 IKRK

(Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung).

Die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung umfasst das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften sowie die nationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften.

Alle diese Organisationen sind voneinander rechtlich unabhängig und innerhalb der Bewegung durch gemeinsame Grundsätze, Ziele, Symbole, Statuten und Organe miteinander verbunden. Die weltweit gleichermaßen geltende Mission der Bewegung sind der Schutz des Lebens, der Gesundheit und der Würde sowie die Verminderung des Leids von Menschen in Not ohne Ansehen von Nationalität und Abstammung oder religiösen, weltanschaulichen oder politischen Ansichten der Betroffenen und Hilfeleistenden.

11.3 Amnesty International (NGO)

Amnesty International ist eine nichtstaatliche (NGO) und Non-Profit-Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Grundlage ihrer Arbeit sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und andere Menschenrechtsdokumente, wie beispielsweise der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte und der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Die Organisation recherchiert Menschenrechtsverletzungen, betreibt Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit und organisiert unter anderem Brief- und Unterschriftenaktionen für alle Bereiche ihrer Tätigkeit.

11.4 OSZE

(Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa).

Die OSZE ist eine verstetigte Staatenkonferenz zur Friedenssicherung. Am 1. Januar 1995 ging sie aus der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) hervor, welche am 1. August 1975 mit der Schlussakte von Helsinki gegründet worden war. Die Ziele der OSZE sind die Sicherung des Friedens und der Wiederaufbau nach Konflikten. Sie sieht sich selbst als stabilisierenden Faktor in Europa. Als regionale Abmachung nach Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen soll die OSZE nach dem Subsidiaritätsprinzip als erster internationaler Ansprechpartner bei Konflikten innerhalb ihres Wirkungsbereiches dienen.

12 Existenzsicherung

12.1 Rechtliche Grundlagen

Bestimmungen finden sich in vielen Gesetzen und Regelungen. Die aufgeführten Regeln sind nur die wichtigsten.

- Obligationenrecht (OR)
- Arbeitsgesetz (ArG)
- Gesamtarbeitsvertrag (GAV)
- Normalarbeitsverträge (NAV)
- Betriebsreglement
- Sozialversicherungsgesetz
- Datenschutzgesetz (DSG)

12.2 Grundlegende Bestimmungen des Arbeitsrechts

12.2.1 EAV und GAV

12.2.1.1 EAV

Einzelarbeitsvertrag (EAV; OR 319 ff.): Der Arbeitnehmer verpflichtet sich gegen Lohn zur Leistung von Arbeit. Der Einzelarbeitsvertrag kann auf eine festgelegte Dauer oder auf unbegrenzte Zeit abgeschlossen werden.

12.2.1.2 GAV

Gesamtarbeitsvertrag (GAV; OR 3561): Vereinbarung zwischen einem einzelnen Arbeitgeber oder einem Arbeitgeberverband und einem Arbeitnehmerverband über eine gemeinsame Regelung der Einzelarbeitsverträge.

12.2.2 Rechte und Pflichten im Arbeitsvertrag

12.2.2.1 Pflichten

Das Gesetz kennt die folgenden Pflichten des Arbeitnehmers: [persönliche Arbeitspflicht](#), [Sorgfalts- und Treuepflicht](#), [Rechenschafts- und Herausgabepflicht](#), [Überstundenarbeit](#), [Befolgung von Anordnungen und Weisungen](#), [Haftung des Arbeitnehmers](#).

12.2.2.2 Rechte

- Die Arbeitgeber sind verpflichtet, ihre Angestellten bei den [Sozialversicherungen](#) anzumelden, für sie eine [Unfallversicherung](#) abzuschliessen und einen Teil der Beiträge zu bezahlen.
- Alle Angestellten haben den Anspruch auf mindestens 4 Wochen bezahlte Ferien. Das gilt anteilmässig auch für Personen, die im Stundenlohn angestellt sind oder Teilzeit arbeiten.
- Die zulässige Höchstarbeitszeit beträgt 50 Stunden pro Woche. In manchen Branchen sind es nur 45 Stunden.

- Die Angestellten haben das Recht auf ein schriftliches Arbeitszeugnis.
- Wer krank wird oder einen Unfall hatte und länger als drei Monate bei der Firma arbeitet, hat für eine bestimmte Zeit Anspruch auf Lohnzahlung.
- [Schwangere Frauen](#) und Frauen, die ein Kind geboren haben, haben besondere Rechte (Mutterschutz).

12.3 ALV (Arbeitslosenversicherung)

12.3.1 Beitragspflicht

Dem Arbeitnehmer wird bis zu einem Jahresverdienst von CHF 126 000.– vom Lohn 1,10% ALV abgezogen **Ausnahme:** Auf Jahreseinkommen ab CHF 126 001.– wird 1% Solidaritätsbeitrag erhoben, geschuldet je zu 0,5% von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Arbeitslosenversicherung (ALV): Garantiert einen angemessenen Ersatz für Erwerbsausfälle wegen Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, witterungsbedingter Arbeitsausfälle sowie bei Insolvenz (Zahlungsunfähigkeit) des Arbeitgebers.

12.3.2 Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung

- ganz oder teilweise arbeitslos sein. Die Obligatorische Schulzeit muss absolviert sein.
- in der Schweiz wohnhaft und angemeldet sein.
- Innert der letzten 2 Jahre mind. 12 Monate gearbeitet haben.
- Noch nicht in der Rente stehen
- Der Anspruch auf Arbeitslosenleistungen beginnt
 - für Personen mit Kindern nach einer Wartezeit von 5 Tagen
 - für Personen ohne Kinder und einem Einkommen bis 60'000.- nach 5 Tagen. bei einem höheren Einkommen nach 10 bis 20 Tagen.
 - für Schul- und Studienabgänger nach 120 Tagen (Ausnahme: Prämien zahlende Lehrabgänger)

12.3.3 Leistung/Taggelder

Die Arbeitslosenentschädigung besteht aus einem Taggeld.

- Taggeld beträgt 80% des versicherten Verdienstes, wenn man Unterhaltspflichten gegenüber eigenen Kindern unter 25 Jahren hat, der versicherte Verdienst unter CHF 3797.– pro Monat liegt oder jemand invalid ist.
- In allen übrigen Fällen beträgt es 70%.
- Zum Taggeld kommt ein allfälliger Kinderzuschlag dazu.
- Vom Taggeld müssen die Beiträge an die AHV, die IV, die EO, an die obligatorische NBU sowie Beiträge an die berufliche Vorsorge entrichtet werden.
- Zur Verhütung und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit kann die ALV an versicherte Personen Beiträge für Umschulung und Weiterbildung leisten.

12.3.4 Pflichten

- Man muss sich gezielt um eine neue Stelle bemühen, in der Regel in Form einer ordentlichen Bewerbung (Bewerbungsnachweis).
- Man muss eine zugewiesene zumutbare Arbeit annehmen (bis 30-jährig auch Arbeiten, die nicht den Fähigkeiten oder den bisherigen Tätigkeiten entsprechen).

Arbeitslosenversicherung: Beitragszeit und Bezugsdauer	Taggelder
Von der Beitragspflicht befreite Personen	90
Jünger als 25 Jahre, mind. 12 Beitragsmonate, ohne Unterhaltspflicht	200
Jünger als 25 Jahre, mind. 12 Beitragsmonate, mit Unterhaltspflicht	260
Älter als 25 Jahre, mind. 12 Beitragsmonate	260
Älter als 25 Jahre, mind. 18 Beitragsmonate	400
Älter als 55 Jahre, mind. 22 Beitragsmonate	520

12.3.5 Einstelltage

Verletzt man Pflichten, erhält man eine gewisse Zeit lang keine Taggelder mehr:

- bei leichtem Verschulden: 1 bis 15 Einstelltage
- bei mittelschwerem Verschulden: 16 bis 30 Einstelltage
- bei schwerem Verschulden: 31 bis 60 Einstelltage

12.3.6 Kontrollfreie Tage

Nach 60 Tagen kontrollierter Arbeitslosigkeit hat man eine Woche «Kontrollferien» zugut. Man kann die 5 kontrollfreien Tage auch aufsparen, um z.B. nach 120 Tagen Arbeitslosigkeit zwei Wochen «Kontrollferien» zu beziehen.

12.3.7 Insolvenzenschädigung

Die Insolvenzenschädigung deckt bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers (Insolvenz) Lohnforderungen für maximal 4 Monate. Die Insolvenzenschädigung wird nur für geleistete Arbeit ausbezahlt.

12.3.8 Kurzarbeitsentschädigung

Die Arbeitslosenversicherung deckt den von Kurzarbeit betroffenen Arbeitnehmern über einen gewissen Zeitraum einen Teil der Lohnkosten. Damit soll verhindert werden, dass infolge von vorübergehenden und unvermeidbaren Arbeitsausfällen Kündigungen ausgesprochen werden.

12.3.9 Schlechtwetterentschädigung

Wie bei der Kurzarbeit will die Schlechtwetterentschädigung dazu beitragen, dass Arbeitsverhältnisse nicht gekündigt werden. Sie wird für Arbeitsausfälle ausbezahlt, die dem Arbeitgeber infolge schlechter Witterung zwingend entstanden sind (besonders in der Baubranche möglich).

12.4 Arten der Stellensuche

- Inerate durchschauen
- Jobvermittlung
- Internet

12.5 Bewerbung und Lebenslauf erstellen

12.5.1 Lebenslauf

Angaben zur Person

- Nachname(n) / Vorname(n)
- Adresse(n)
- Telefon
- Fax
- E-Mail
- Staatsangehörigkeit
- Geburtsdatum
- Geschlecht
- Berufserfahrung
- Zeitraum (mit der am kürzesten zurückliegenden Berufserfahrung beginnen und für jeden relevanten Arbeitsplatz separate Eintragungen vornehmen)
- Beruf oder Funktion
- Wichtigste Tätigkeiten und Zuständigkeiten
- Name und Adresse des Arbeitgebers
- Tätigkeitsbereich oder Branche **Schul- und Berufsbildung**
- Zeitraum
- Bezeichnung der erworbenen Qualifikation
- Hauptfächer / berufliche Fähigkeiten
- Name und Art der Bildungs- oder Ausbildungseinrichtung
- Stufe der nationalen oder internationalen Klassifikation **Persönliche Fähigkeiten und Kompetenzen**
- Muttersprache(n)
- Sonstige Sprache(n) mit Selbsteinschätzung (Verstehen, Sprechen, Schreiben)
- Soziale Fähigkeiten und Kompetenzen
- Organisatorische Fähigkeiten und Kompetenzen
- Technische Fähigkeiten und Kompetenzen

- PC-Anwenderkenntnisse
- Künstlerische Fähigkeiten und Kompetenzen
- Sonstige Fähigkeiten und Kompetenzen
- Führerschein(e)
- Zusätzliche Angaben
- Beilagen

12.6 Hilfestellungen für Arbeitslose

- Selbst nach einer Stelle suchen und sich aktiv bewerben.
- Ist man Arbeitslos, so muss man eine gewisse Anzahl an Bewerbungen verschicken, damit man Taggelder erhält.
- Das Amt kann einen Berufe zuteilen.

12.7 Weiterbildungsmöglichkeiten

12.7.1 Während der Lehre (Berufsschule)³

- BM
- Stützkurse

12.7.2 Nach der Lehre

- Meisterkurse
- BM vollzeit/teilzeit nachholen
- Sonstige Weiterbildungen

13 Versicherungen

13.1 Versicherung

Schutz gegen wirtschaftliche Risiken und deren finanzielle Folgen.

13.2 Solidaritätsprinzip

Viele Menschen zahlen regelmässig relativ geringe Versicherungsprämien für all jene Menschen, die teure Leistungen beanspruchen müssen. => Alle für einen

13.3 Versicherungsarten

13.3.1 Personenversicherungen

Sammelbegriff für Versicherungen, bei denen eine Person versichert ist

- für Heilungskosten (bei Krankheit und bei Unfall)
- gegen vorübergehenden oder dauernden Lohnausfall im erwerbsfähigen Alter
- gegen den Erwerbsausfall im Alter
- gegen die finanziellen Folgen beim Tod. Die wichtigsten Personenversicherungen in der Schweiz sind die Sozialversicherungen.

13.3.1.1 Sozialversicherungen

Vom Bund als obligatorisch erklärte Versicherungen, um gewisse soziale Risiken abzudecken. Mit Ausnahme der Krankenversicherung richtet sich die Höhe der Prämien nach der Höhe des Einkommens der Versicherten. Folgende 10 Versicherungsbereiche zählt man in der Schweiz zu den Sozialversicherungen:

- Krankenversicherung (KVG: Krankenversicherungsgesetz)
- Unfallversicherung (UVG: Unfallversicherungsgesetz)
- Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)
- Invalidenversicherung (IV)
- Ergänzungsleistungen (EL)
- Erwerbsersatzordnung (EO)
- Arbeitslosenversicherung (ALV)
- Berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG; auch Pensionskasse genannt)
- Familienausgleichskasse (FAK)
- Militärversicherung (MV)

13.3.2 Haftpflichtversicherungen

Sammelbegriff für Versicherungen, die Schäden decken, die man Drittpersonen und /oder deren Sachen zugefügt hat. Als Erstperson gilt man selber. Zweitpersonen sind die Angehörigen (Personen, die im gleichen Haushalt leben wie der Versicherte selber). Alle anderen gelten als Drittpersonen.

13.3.2.1 Haftungsarten

Man unterscheidet zwei Arten der Haftung:

13.3.2.1.1 Verschuldenshaftung

Man haftet, wenn man für ein Ereignis selber Schuld trägt (OR 41). In diesem Fall hat man absichtlich oder fahrlässig jemandem Schaden zugefügt.

13.3.2.1.2 Kausalhaftung

Es gibt Fälle, bei denen man haftet, obwohl man selber keine Schuld trägt. Dies nennt man Kausalhaftung (z.B. haften Eltern für ihre Kinder; Tierhalter für Schäden, die ihre Tiere andern gegenüber verursachen usw.).

13.3.2.2 Regress (Rückgriff)

Grobe Fahrlässigkeit Verursacht eine Person einen Schaden durch grobe Fahrlässigkeit, kann die Versicherung auf den Versicherten zurückgreifen. Nachdem der Versicherer den Schaden, der einem Dritten zugefügt worden ist, bezahlt hat, verlangt er vom Versicherten Geld zurück (10% – 50%). Grobfahrlässig handelt, wer die einfachsten Vorsichtsmassnahmen verletzt. Besonders streng wird die Beurteilung von leichter bzw. grober Fahrlässigkeit bei Lenkern von Motorfahrzeugen ausgelegt. Wer z.B. ein Rotlicht überfährt, handelt bereits grobfahrlässig.

13.3.2.3 Haftpflichtversicherung bei Fahrzeugen

Bei Fahrzeugen ist die Haftpflichtversicherung obligatorisch. Die Velovignette wurde abgeschafft. Mit dem Velo verursachte Schäden werden durch die private Haftpflichtversicherung abgedeckt. Hat der Unfallverursacher keine private Haftpflichtversicherung oder kann er nicht identifiziert werden, soll der Nationale Garantiefonds Opfer entschädigen.

13.3.2.4 Privathaftpflichtversicherung

Obwohl die Privathaftpflichtversicherung freiwillig ist, sollte man sie unbedingt abschliessen, denn jedem kann etwas passieren, auch etwas Unbeabsichtigtes. Für Schäden ihrer Kinder haften weitgehend die Eltern. Wenn die Eltern eine Privathaftpflichtversicherung haben, zahlt diese. Die Privathaftpflichtversicherung kann man mit oder ohne Selbstbehalt abschliessen.

13.3.3 Sachversicherungen

Sachversicherungen: Sammelbegriff für Versicherungen, die Schäden decken, welche entstanden sind durch:

- Beschädigung, Zerstörung oder Wegnahme von Fahrhabe (bewegliche Sachen) oder
- Beschädigung und Zerstörung an Gebäuden.

Man versichert seine eigenen Sachen.

13.3.3.1 Gebäudeversicherung

In den meisten Kantonen ist diese Versicherung für die Eigentümer von Gebäuden obligatorisch. Sie deckt Feuer- und Elementarschäden. Als Elementarschäden werden z.B. Schäden im Zusammenhang mit Stürmen, Hagel, Überschwemmungen, Lawinen sowie Schnee- und Erdbeben verstanden. Wasser- und Glasbruchschäden am Gebäude können freiwillig versichert werden.

13.3.3.2 Hausratversicherung (auch Mobiliar Versicherung genannt)

Versichert sind alle beweglichen, dem privaten Gebrauch dienenden Gegenstände des Haushalts, die nicht Bestandteil des Gebäudes und nicht bauliche Einrichtungen (z.B. Einbauschränke) sind. Diese Versicherung ist in den meisten Kantonen freiwillig. Sie übernimmt Schäden, die durch Feuer, Wasser, Diebstahl oder Glasbruch am Hausrat entstanden sind.

13.3.3.3 Diebstahlversicherung

In der Hausratversicherung ist in der Regel eine Diebstahlversicherung enthalten. Gedeckt sind Schäden infolge Einbruchdiebstahls, infolge Beraubung und infolge einfachen Diebstahls.

13.3.3.4 Kaskoversicherung bei Fahrzeugen

Man unterscheidet zwischen Teil- und Vollkaskoversicherung. Beides sind freiwillige Versicherungen. Bei Leasingfahrzeugen ist der Abschluss einer Vollkaskoversicherung jedoch obligatorisch.

13.3.3.5 Teilkaskoversicherung

Sie deckt im Grunde genommen die vom Fahrer nicht selbst verschuldeten Schäden am Fahrzeug, z.B. Brand, Glasbruch, Diebstahl, Kurzschluss und durch Blitz, Hagel sowie durch Tiere verursachte Schäden.

13.3.3.6 Vollkaskoversicherung

Nebst den Teilkasko-Schäden deckt sie die Kollisionsschäden am eigenen Auto, die aus eigenem Verschulden entstanden sind.

13.3.4 Krankenkasse

Krankenkasse: Versicherer, die die obligatorische Krankenpflegeversicherung (Grundversicherung) anbieten. Die Krankenkassen müssen vom Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) anerkannt sein.

13.3.5 Grundversicherung/Krankenpflegeversicherung

Die Grundversicherung ist für alle in der Schweiz wohnhaften Personen obligatorisch und ist somit öffentliches Recht. Diese Versicherung gewährleistet eine qualitativ hochstehende und umfassende Grundversorgung. Sie bietet allen Versicherten dieselben Leistungen. Eltern müssen ihr neugeborenes Kind innerhalb von drei Monaten bei einer Krankenkasse versichern.

13.3.6 Freizügigkeit

Der Versicherte kann die Krankenkasse frei wählen. Diese muss ihn vorbehaltlos aufnehmen (Freizügigkeit).

13.3.7 Leistungen

- Behandlungen, die durch einen Arzt sowie durch anerkannte Leistungserbringer (z.B. Physiotherapeuten, Hebammen, Ernährungsberater) vorgenommen werden.
- Behandlung und Aufenthalt in der allgemeinen Abteilung «Listenspital», das auf einer Liste des Wohnkantons erwähnt ist. Diese Liste gilt für die ganze Schweiz. Aufgrund der tariflichen Unterschiede ist es empfehlenswert, die freie Spitalwahl in der ganzen Schweiz weiterhin zu versichern.
- Kosten für die Medikamente, die in der Arzneimittel- und Spezialitätenliste aufgeführt sind (zurzeit zirka 2500 Medikamente).
- Komplementärmedizin in der Grundversicherung: Bei Akupunktur, anthroposophischer und chinesischer Medizin, Homöopathie, Neural- und Physiotherapie ist die Kostenübernahme vorerst befristet bis Ende 2017. Die Behandlung kann nur von einem anerkannten Arzt mit FMH-anerkannter Weiterbildung in der betreffenden komplementärmedizinischen Disziplin ausgeführt werden. Für alle anderen Behandlungen wird eine Zusatzversicherung für Alternativmedizin benötigt.
- Kosten verschiedener Massnahmen: Gesundheitsvorsorge (Impfungen, Untersuchungen von Kindern im Vorschulalter, gynäkologische Vorsorgeuntersuchungen, Untersuchungen zur Erkennung von Brustkrebs), Transport- und Rettungskosten usw.

13.3.8 Zusatzversicherungen

13.3.8.1 Freiwilligkeit

Die Zusatzversicherungen sind freiwillig und unterstehen dem privaten Recht. Die Krankenkassen können jemandem die Aufnahme verweigern oder einer risikobehafteten Person kündigen. Die Prämien richten sich dementsprechend auch nach dem Risiko einer Person (Alter, bestehende Krankheiten usw.). Mit Zusatzversicherungen kann man wahlweise weitere Behandlungsarten (z.B. Naturheilverfahren, Zahnpflege) und/oder einen gewissen Komfort (halb-private oder private Abteilung im Spital) abdecken.

13.3.8.2 Arten

Die bekanntesten Zusatzversicherungen sind:

- Spitalzusatzversicherung: halbprivate (2er-Zimmer) oder private Abteilung (1er-Zimmer) und freie Arztwahl.
- Spitalzusatz «Allgemeine Abteilung ganze Schweiz»

- Zusatzversicherung für Zahnfehlstellungs-Korrekturen bei Kindern
- Zusatzversicherungen für Alternativmedizin
- Zusatzversicherung für nichtärztliche Psychotherapie
- Zusatz für nicht kassenpflichtige Medikamente
- Zusätze für Ambulanz- und Rettungstransporte
- Zusatzversicherung für Auslandsaufenthalte
- Zusatzversicherung für Brillengläser und Kontaktlinsen

13.3.8.3 Krankentaggeld Versicherung

Eine wichtige Zusatzversicherung ist die Krankentaggeldversicherung. Sie erbringt Leistungen (Lohnersatz), falls die Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers gemäss Arbeitsvertrag erlischt. Je länger der Arbeitgeber den Lohn bei über jährigen Arbeitsverhältnis bezahlen muss, desto weiter hinaus kann man die Taggeldversicherung schieben (aufgeschobene Krankentaggeldversicherung), was wiederum die Prämien verbilligt

13.3.9 Prämienreduktionen

Je nach Krankenversicherer bestehen folgende Möglichkeiten:

- höhere Kostenbeteiligung durch höhere Jahresfranchise
- Einschränkung der freien Arzt- und Spitalwahl (z.B. HMO-Praxis, Hausarzt- Modell)
- Vergleich von Prämien und allfälliger Wechsel des Krankenversicherungs Anbieters

13.4 Berufs- und Nichtberufsunfallversicherung

13.4.1 Unfallversicherungsgesetz (UVG)

Unfallversicherungsgesetz (UVG) Schädigende Einwirkung eines ungewöhnlichen äusseren Faktors auf den menschlichen Körper. Diese Schädigung erfolgt plötzlich und ist nicht beabsichtigt. Dies führt zu einer Beeinträchtigung der körperlichen oder der geistigen Gesundheit oder hat den Tod zur Folge. Den Unfällen gleichgestellt sind unfallähnliche Körperschädigungen (z.B. Knochenbrüche oder Verrenkungen von Gelenken).

13.4.2 Berufsunfall (BU):

Unfall, der sich während der Arbeitszeit oder in Arbeitspausen ereignet, wenn sich der Verunfallte auf dem Betriebsgelände aufhält. Jeder Arbeitgeber hat die Pflicht, seine Arbeitnehmer gegen Berufsunfall zu versichern. Er muss die Prämie für diese Versicherung zu 100% selber bezahlen. Wer gegen Berufsunfall versichert ist, ist automatisch auch gegen Berufskrankheiten versichert.

13.4.2.1 Berufskrankheit

Krankheit, die ausschliesslich oder vorwiegend durch das Ausführen einer beruflichen Tätigkeit hervorgerufen wird, verursacht durch schädigende Stoffe oder bestimmte Arbeiten. Im Anhang zur Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) befindet sich eine Liste schädigender Stoffe. Zudem sind dort auch arbeitsbedingte Erkrankungen wie erhebliche Schädigung des Gehörs, Staublungen usw. erwähnt.

13.4.3 Nichtberufsunfall (NBU)

Jeder Unfall, der nicht zu den Berufsunfällen zählt. Gegen NBU sind Arbeitnehmer nur dann obligatorisch versichert, wenn ihre wöchentliche Arbeitszeit bei einem Arbeitgeber mehr als 8 Stunden beträgt. Der Arbeitgeber schuldet der Unfallversicherung die gesamte Prämien-summe für die Berufs- und die Nichtberufsunfallversicherung. Der Arbeitgeber kann dem Arbeitnehmer die NBU-Prämie ganz oder teilweise vom Bruttolohn abziehen (siehe S. 40).

13.4.4 Arbeitslose

Wer Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung hat, ist bei der SUVA (Schweizerische Unfallversicherungsanstalt) obligatorisch gegen Unfall versichert.

13.4.5 Leistungen

13.4.5.1 Heilbehandlungskosten und Hilfsmittel

Die Unfallversicherung kommt für folgende Leistungen auf: Arzt-, Arznei- und Spitalkosten (ohne dass eine Jahresfranchise oder ein Selbstbehalt von 10% wie bei der Krankenversicherung bezahlt werden muss), Hilfsmittel bei Körperschäden, Reise-, Transport Und Rettungskosten, Leichentransport- und Bestattungskosten. Sachschäden sind nur dann versichert, wenn der Schaden in direktem Zusammenhang mit dem Unfall entstanden ist (z.B. Ersatz von Brillen).

13.4.5.2 Taggeld (Lohnausfallentschädigung)

Ab dem 3. Tag nach dem Unfalltag wird ein Taggeld von 80% des versicherten Verdienstes ausbezahlt.

13.4.5.3 Invalidenrenten

Nebst der staatlichen IV entrichtet die Unfallversicherung bei Vollinvalidität eine Invalidenrente von höchstens 80% des versicherten Verdienstes. Bei Teilinvalidität wird die Rente entsprechend gekürzt.

13.4.5.4 Integritätsentschädigung

Erleidet ein Arbeitnehmer durch einen Unfall eine dauernde körperliche oder geistige Schädigung, so hat er Anspruch auf eine einmalige Kapitalzahlung von maximal einem versicherten Jahresverdienst.

13.4.5.5 Hilflosenentschädigung

Wer infolge eines Unfalls invalid ist und eine dauernde Betreuung benötigt, erhält nebst den übrigen Versicherungsleistungen einen monatlichen Zuschuss.

13.4.5.6 Hinterlassenenrenten

Der überlebende Ehegatte (Witwer, Witwe) und die Kinder erhalten nebst den Leistungen der AHV zusätzlich eine Hinterlassenenrente.

13.5 Drei Säulen Prinzip

Drei-Säulen-Konzept: In der Verfassung verankertes Konzept zur finanziellen Vorsorge im Alter, für Hinterlassene und bei Invalidität.* Gemäss Artikel 111 der Bundesverfassung trifft der Bund Massnahmen für eine ausreichende Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge. Diese beruht auf drei

Säulen:

Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge			
1. Säule <i>Staatliche Vorsorge</i>	2. Säule <i>Berufliche Vorsorge (Pensionskasse)</i>	3. Säule <i>Selbstvorsorge</i>	
<ul style="list-style-type: none"> – AHV (siehe S. 136) – IV (siehe S. 137) – EL (siehe S. 138) 	BVG (siehe S. 142)	Gebundene Vorsorge 3a (siehe S. 144)	Freie Vorsorge 3b <ul style="list-style-type: none"> – Lebensversicherungen – Eigenheim – Ersparnisse usw.
Ziel: Existenzsicherung		Ziel: Schliessung von Vorsorgelücken, die durch die 1. und die 2. Säule nicht abgedeckt werden, und Befriedigung von individuellen Zusatzbedürfnissen	
Ziel: 1. und 2. Säule sollen etwa 60% des vorherigen Lohnes abdecken.			

13.6 Sozialhilfe

Sozialhilfe ist eine letzte Rettung. Man bekommt Sozialhilfe, wenn man innerhalb der Frist Arbeitslosenversicherung keine Arbeitsstelle gefunden hat.

14 Index

- 1. Sektor 27
- 2. Sektor 28
- 3. Sektor 28
- absolut zwingende Regeln 8
- Absolutes Mehr 20
- Aktien 31
- American Express 33
- Amnesty International 43
- Angebot 27
- Arbeit 24
- Arbeitsgesetz 12
- Arbeitslosenentschädigung 46
- Arbeitslosenversicherung 46
- Arbeitsmärkte 39
- Bankkredite 36
- BBG 12
- Bedürfnisse 24
- Berufsbildungsgesetz 12
- Berufskrankheit 54
- Berufsunfall 54
- Beweislast 9
- Bewerbungsnachweis 47
- Bilaterale I 40
- Bilaterale II 40
- Bilaterales 40
- BIP 27
- Boden 24
- Brauch 6
- Brüssel 39
- Bruttoinlandprodukt 27
- Bruttolohn 29
- Budget 30
- Bundespräsident 19
- Bundesrat 19
- Bundesverfassung 9
- Bundesversammlung 17
- BV 9
- Debitkarte 33
- Deflation 26
- Deliktsfähigkeit 10
- Departementsprinzip 19
- Diebstahlversicherung 52
- dispositives Recht 8
- Doppeltes Mehr 20
- Drei Säulen 56
- EAV 45
- EGKS 39
- Einfache Schriftlichkeit 11
- Einstelltag 47
- Einwohnerrat 20
- Einzelarbeitsvertrag 45
- Entwicklungsland 42
- Erbrecht 9
- Ersatzlieferung 38
- EU 39
- Europäische Kommission 40
- Europäische Parlament 40
- Europäische Rat 40
- Europäische Union 39
- Europarat 41
- Fahrzeugen 51
- Familienrecht 9
- Finanzierung 34
- Finanzmärkte 39
- Fraktionen 18
- Freie Marktwirtschaft 24
- Freier Personenverkehr 40
- Freizügigkeit 53
- GASP 39
- GAV 45
- Gebäudeversicherung 52
- Geldstrom 25
- Geldwertstörung 26
- Gemeinderat 20
- Gesamtarbeitsvertrag 45
- Geschäftsfähigkeit 10
- Geschriebenes Recht 7
- Geschriebenes Recht 7
- Gesetz 21
- Gesetzbücher 9
- Gesetze 6
- Gewaltenteilung 16
- Gewohnheitsrecht 7
- Globalisierung 39
- Gütermärkte 39
- Haftpflichtversicherungen 51
- Haftungsarten 51
- Handelsregister 15
- Handkauf 35
- Handlungsfähigkeit 10
- Handlungsfähigkeit 10
- Haushalt 30
- Hausratversicherung 52
- Haustüre 35
- Heilbehandlungskosten 55
- Hilflosenentschädigung 55
- Hinterlassenenrenten 55
- Höchstarbeitszeit 45
- IKRK 43
- Inflation 26
- Initiative 22
- Insolvenzentschädigung 47
- Integritätsentschädigung 55
- Invalidenrenten 55
- Juristische Personen 9
- Kapital 24
- Kartenzahlungen 33
- Kaskoversicherung 52
- Kaufvertrag 34
- Kausalhaftung 51
- Kinderzuschlag 46
- Kollegialsystem 19
- Konjunktur 26
- Konsumenten 25
- Konsumkreditarten 36
- Konsumkreditgesetz 37
- Konti 31
- Kontrollferien 47
- Korrespondenten 14
- Krankenkasse 52
- Kreditkarte 33
- Kreditkauf 35
- Kunstfreiheit 16
- Kurzarbeitsentschädigung 47
- Landesindex der Konsumentenpreise 26
- Landrat 20
- Leasingverträge 36
- Lebenslauf 48
- Lehrmeister 12
- Lehrvertrag 12
- Lehrvertragsbeendigung 13
- Lernende Person 13
- Lieferverzug 37
- LIK 26
- Lohn 29
- Lohnabzüge 29
- Lohnausfallentschädigung 55
- Maestro-Karte 33
- Majorzwahlverfahren 20
- Mängel 37
- Mangelhafte Ware 38
- Mängelrüge 38
- Maslow 24

- Massenmedien 14
- Mastercard 33
- Medienfreiheit 16
- Mehr 20
- Menschenrechte 15
- Menschenwürde 15
- Mietkauf 35
- Monatsbudgets 31
- Moral 6
- Mutterschutz 46
- Nachfrage 27
- Nachrichtenagenturen 14
- Nationalrat 17
- Nationalratswahl 20
- Nato 43
- Natürliche Personen 9
- Nettolohn 29
- NGO 43
- Nichtberufsunfall 55
- Nominelle 27
- Obligationenrecht 9
- Öffentliches Recht 7
- OSZE 44
- Parteien 17
- Personenversicherungen 50
- Postfinance Card Direct 33
- Prämienreduktionen 54
- Preisbildung 27
- Preisminderung 38
- Preisniveaus 26
- Pressekonferenz 14
- Pressemitteilungen 14
- private Haushalte 25
- Private Recht 7
- Privathaftpflichtversicherung 51
- Produktionsfaktoren 24
- Produzenten 25
- Proportwahlverfahren 20
- Prozessfähigkeit 10
- Qualifizierte Schriftlichkeit 11
- Qualifiziertes Mehr 20
- Rat der Europäischen Union 40
- Reale 27
- Recht 6
- Rechtsfähigkeit 10
- Rechtsgleichheit 8, 15
- Rechtsgrundsätze 8
- Rechtslehre und
Rechtsprechung 7
- Rechtsquellen 6
- Redaktionen 14
- Referendum 22
- Regierung 16
- Registereintrag 11
- Regress 51
- relativ zwingende Regeln 8
- Relatives Mehr 20
- Reporter 14
- Ressorts 14
- Revisionsstelle 15
- Richterliches Ermessen 8
- Sachenrecht 9
- Sachgüter 25
- Sachversicherungen 52
- Schlechtwetterentschädigung 47
- Sicherheit 30
- Sitte 6
- Solidaritätsprinzip 50
- Sozialhilfe 56
- Sozialprodukt 26
- Sozialversicherungen 45, 50
- Sparen 30
- Spitalzusatz 53
- Stadtrat 20
- Ständemehr 20
- Ständerat 17
- Statuten 15
- Stellensuche 48
- StGB 9
- Stimmen/Wählen 20
- Strafgesetzbuch 9
- Strassburg 39
- Strassenverkehrsgesetz 9
- SUVA 55
- SVG 9
- Taggelder 46
- Teilkaskoversicherung 52
- Telefon 35
- terstrom 25
- Tradition 6
- Treu und Glauben 8
- Umweltschutzgesetz 9
- Unfallversicherung 45
- Unfallversicherungsgesetz 54
- United Nations Organisation 41
- UNO 41
- UNO-Charta 41
- Unternehmen 25
- Urteilsfähigkeit 10
- USG 9
- Velovignette 51
- Verein 15
- Vereinsversammlung 15
- Vereinte Nationen 41
- Verfassung 21
- Veröffentlichung 11
- Verordnung 21
- Verpflichtungen 30
- Versammlungsfreiheit 16
- Verschuldenshaftung 51
- Versicherung 50
- Vertragsformen 11
- Visa 33
- Volkseinkommen 26
- Volksmehr 20
- Volljährigkeit 10
- Vollkaskoversicherung 52
- Vorstand 15
- Wandelung 38
- Weiterbildungsmöglichkeiten 49
- Werkvertrag 34
- wirtschaftlichen Entwicklung 26
- Wirtschaftsbegriffe 26
- Wirtschaftskreislauf 25
- Wirtschaftsmodelle 24
- Wirtschaftssektoren 27
- Wirtschaftssubjekte 25
- Wissenschaftsfreiheit 16
- Wohlfahrt 26
- Wohlstand 26
- WTO 42
- Zentrale Planwirtschaft 24
- zivil 7
- Zusatzversicherungen 53
- Zweikammersystem 17
- Zwingendes Recht 8